

Bezugspreis:

3 retteljähr. 26.50 Mk., monatl. 2.20 Mk. frei ins Haus, wozu zahlbar. Post- und Anzeigengebühren. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 15.— Mk. für das übrige Ausland bei täglich einmaliger Zustellung 22.— Mk. Postbestellungen nehmen an Dänemark, Holland, Norwegen, Schweden, Tschechoslowakei und die Schweiz eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk u. Welt“ erscheint wochentlich zweimal. Sonntags einmal.

Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die achtspaltige Nonpareilzeile (Litho) 2.50 Mk., Erwerbungsaufruf 50%, „Kleine Anzeigen“, das in- gedruckte Wort 75 Pfg. (zulässig zwei Zeilenbreite), jedes weitere Wort 50 Pfg. Stellenanzeigen und Stellenangelegenheiten das erste Wort 65 Pfg., jedes weitere Wort 40 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Erwerbungsaufrufe 100%, Familien-Anzeigen, politische und gewerkschaftliche Vereine - Anzeigen 1.— Mk. die Zeile ohne Aufschlag. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Linden- straße 6, abgegeben werden. Bestellzeit von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Freitag, den 7. Mai 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54.

Die Partei der Einigkeit.

Die Reichskonferenz der Sozialdemokratischen Partei nahm gestern die Resolution Adolf Braun und Gen. nach Einzigung einiger Sätze, die sich auf die Frauen und die ländliche Bevölkerung beziehen, einstimmig an. Die Entschließung hat nunmehr folgenden Wortlaut:

Die Reichskonferenz der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ruft die Parteigenossen und Genossinnen zum Wahlkampf auf, der das Schicksal der deutschen Republik entscheidet.

Nur die Einigkeit des werktätigen Volkes, der Kopf- und Handarbeiter, der Männer und Frauen kann die freiheitliche Verfassung unseres Volksstaates vor neuen reaktionären Anschlägen schützen und die politische Gleichberechtigung zur sozialen Gleichberechtigung erweitern. Der gerechte Wille der geistig und körperlich Schaffenden ist stark genug, sich mit den Mitteln der Demokratie siegreich durchzusetzen und die Arbeit aus dem Joch des Kapitals zu befreien.

Dazu bedarf es vor allem auch der Mitarbeit der ländlichen Bevölkerung, der Landarbeiter und kleinen Bauern, deren Befreiung aus vielhundertjähriger Unterdrückung erst durch die Republik eingeleitet wurde. Im Kampf gegen den widerstandstüchtigen Großgrundbesitz müssen die in der Landwirtschaft getroffenen Maßnahmen schnell durchgeführt und entschieden gefördert werden.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands führt diesen Wahlkampf unter der

Parole der Einigkeit,

in der allein die Kraft liegt, und mit dem Ziele, am 6. Juni eine sozialdemokratische Reichstagsmehrheit zu erringen, die den Bestand der demokratischen Volksrepublik und ihren Fortschritt zur sozialistischen Ver- bürgerung.

Von dem Wunsche erfüllt, den Kampf nur gegen rechts führen zu müssen, ist die Partei auch zugleich bereit, ihre alten Grundzüge, Sozialismus und Demokratie, als ein untrennbares Gebilde nach allen Seiten hin zu verteidigen.

Die Befreiung der Republik von den letzten Resten mili- täristischen Geistes, die Durchdringung aller Ver- hältnisse mit republikanischem Willen, die Beseitigung der Klassenjustiz, die wachsende Anteilnahme der Arbeiter und Angehörten an Führung und Kontrolle der Produktion, die Übernahme der reifen Betriebe in die

gemeinwirtschaftliche Verwaltung,

der Ausbau eines freien Schulwesens, Hebung der ge- samten Volkskultur — das alles wird desto geringeren Widerstand finden, je stärker die Sozialdemokratische Partei aus dem Wahlkampf zurückkehrt.

Im Kampf der Sozialdemokratie gegen Reaktion und Kapitalismus, nicht im Streit der sozialistischen Richtun- gen fällt die Entscheidung über unsere Zukunft.

Die Frauen werden diese Entscheidung ausschlaggebend be- einflussen; an ihnen wird es liegen, ob der Weg zurücksteht in die dunkle Vergangenheit, die unsere Gegenwart beschattet, oder vor- wärts in die helle Zukunft. Dieser großen Verantwortung muß sich jede Frau am Wahltag bewußt sein.

Die Sozialdemokratische Partei will ein Deutschland, das sich an Freiheit seiner politischen Einrichtungen von keinem Lande überbieten läßt und das durch praktischen Sozialis- mus und dem Wohle des arbeitenden Volkes im eigenen Lande und in der ganzen Welt dient. Sie will ein Deutschland, das unter voller Wahrung der Selbstverwaltung und Eigenart aller Stämme von unerschütterlichem Einheitswillen befeuert ist. Nur dieses Deutschland wird den notwendigen Kampf auch gegen fremden

Kapitalismus, Militarismus und Imperialismus

mit geistigen und moralischen Mitteln siegreich durchzuführen und sich aus den drückenden Fesseln des Friedens von Zer- fallenes wieder befreien.

Die Reichskonferenz fordert die Parteigenossen und Ge- nossinnen auf, in diesem Sinne den Kampf zu führen für die Einigung des ganzen schaffenden Volkes auf dem Boden der sozialdemokratischen Grundzüge.

Verzerrung aus den Händen bürgerlicher, kapitalistischer Anschauungsweise, aber auch Überwindung aller Zerstückelung der Arbeiterbewegung sind die Vorbedingun- gen für den Sieg der Arbeit durch den Sozialis- mus.

Die Reichskonferenz der Sozialdemokra- tischen Partei, die am Donnerstagmittag ihre Beratun- gen schloß, hat ein Bild, das in der Arbeiterbewegung —

leider! — etwas ganz Ungewohntes geworden ist. Sonst schlugen Splitter und Trümmer, wie in einem Wahn der Selbstzerstörung, gegeneinander, homerische Wut- gesänge zwischen den Führern werden ausgejocht, mit den größten Kraftworten wird dabei nicht gespart. Fast man alle diese gegenseitigen Anschuldigungen zusammen, so gibt es keinen Menschen in der ganzen Bewegung, der nicht schon als „Schweinsozialist“, „Verräter“, „Judas“, „Lochspiegel“ ent- lacht, an den Pranger gestellt, geschimpft und gebrandmarkt worden ist. Die gemeinsamen Feinde der Arbeiterbewegung, Reaktion und Kapitalismus, aber reiben sich höhnisch die Hände und zitiern: „Einer dieser Lumpenhunde wird vom andern abgehan“.

In eine ganz andere Welt hat uns die Reichs- konferenz der Sozialdemokratischen Partei geführt. Eine andere Musik wurde hier gespielt als jene allzu bekannte der hundert Lärmtrompeten, die von einem anscheinend wahr- sinnigen Kapellmeister dirigiert werden. Selbst bei der Aus- tragung sozialer Differenzen trat das Bestreben hervor, jede gegenseitige Verbeugung und Verleherung zu vermeiden und dem Meinungsgegner menschlich gerecht zu werden, so entschieden man auch seine Fehler und Irrtümer tadelt. Man darf annehmen, daß diese Tonart den Massen besser klingen wird als jenes gewohnte Schimpfkonzert, das alle menschlichen Ohren zerreiht.

Dieses Bestreben, nicht zu zertrümmern, sondern zusam- menzufassen, möchte bei den Richtungsfragen nicht halt. Die Reichskonferenz bekundete den festen Willen der Partei, den Sehnsuchtsraum aller denkenden Arbeiter zu erfüllen und die Einigkeit wiederherzustellen, ohne die, wie jeder noch Ueberlegungsfähige sieht, ein Sieg nicht möglich ist. Die Sozialdemokratische Partei tritt in den Wahlkampf ein als Trägerin jenes großen Einheitsgedankens, der in allen nicht völlig verwirrten Arbeiterkreisen lebendig geblie- ben und der heute mächtiger ist als je zuvor.

Dieser Wille zur Einigkeit des Ganzen trat besonders in der Ablehnung des Antrags Kaul-Offenbach hervor, jene Stelle der Resolution Braun zu streichen, in der der Wunsch der Partei, den Wahlkampf nur gegen rechts führen zu können, ausgesprochen wird. Durch die Vertretung jenes verfehlten Vorschlags, die gegen ganz wenige Stimmen erfolgte, hat die Reichskonferenz den Willen der Partei, ihren Wahlkampf tunlichst nur gegen rechts zu führen, noch einmal unterstrichen, sie hat zugleich durch die unveränderte Annahme jener Stelle bekundet, daß die Verteidigung der Grundzüge der Partei nach allen Seiten in keinem Fall vernachlässigt werden darf. Wir können, ohne die uns anvertrauten Interessen der Arbeiter- bewegung preiszugeben, nicht die Ueberzeugung preisgeben, daß Demokratie und Sozialismus eine un- trennbare Einheit bilden, daß sie, wie Scheidemann sagte, „zusammengehören wie Form und Inhalt, wie Körper und Geist“.

Die Probleme der Einigkeit und der Demokratie hängen tiefinnerlich miteinander zusammen. Solange die Arbeiter- bewegung einzig war, hätte man es geradezu für eine Schande gehalten zu glauben, die Bewegung sei außer- stande, die Mehrheit des Volkes für sich zu gewinnen und mit den Mitteln der Demokratie zum Sieg zu gelangen. Erst als die Zerstückelung einsetzte, und jeder Führer jedes Gruppensprechens mußte, diesem werde es gelingen, für sich allein und im Kampfe gegen die anderen Gruppen den Sieg zu erringen, erst jetzt schienen die Wege der Demo- kratie herrammelt, begannen die Mäne und Versuche, in ver- zweifelten Sturmmanövern einer Minderheit zu erobern, was doch nur das Ganze in geschlossenem Aufmarsch erreichen kann.

Die Zerstückelung der Arbeiterbewegung wurde zur Ursache ihrer Schwäche, ein Zeichen dieser Schwäche war die Abkehr der Gruppen von der Demokratie. Es ist kein Zufall, daß die Abneigung gegen die demokratischen Methoden mit der zunehmenden Kleinheit der Gruppen nach links hinüber wächst, daß sie sich mit ihrer zunehmenden Größe vermindert, und daß die Sozialdemokratie, die ein- zige große Partei der Arbeiterbewegung, bei der auch darum die einzige Hoffnung der Arbeiterklasse liegen kann, unerrückt an der Auerbachs festhält, daß der Sieg des Sozial- ismus durch die Gewinnung der Volksmehrheit und nur durch sie zu erreichen ist.

Heute geht durch das ganze arbeitende Volk der Schrei nach Einigkeit. Der Feind vor der gegenseitigen Zerstückelung ist allen, die sich nicht ein Gewerbe aus ihr machen, bis zum Hals herausgewachsen. Die Einsicht, daß die Trümmer einzeln nichts vermögen, das Ganze aber,

wiedervereint alles vermag, drängt sich siegreich in den Vordergrund. Und dieses Gefühl für den Willen der Massen gab der Reichskonferenz auch jene Stimmung starker Zuversicht, die ihre Verhandlungen von Anfang bis zum Ende befeuerte. Die Partei ruft den Arbeitern zu: Hier sind die starken Wurzeln Eurer Kraft! Ihr wollt die Einigkeit, wir wollen, sie auch, helfe sie zu vollbringen, in- dem Ihr in unsere Reihen tretet! Wenn im Interesse der Bewegung etwas zu bessern ist, dann ist es vor allem an der Partei und in der Partei zu bessern. Wo es aber zu kämpfen und zu stimmen gilt, gilt es für die Sozial- demokratie zu kämpfen und zu stimmen. „Im Kampf der Sozialdemokratie gegen Reaktion und Kapitalismus, nicht im Streit der Richtungen fällt die Entscheidung über unsere Zukunft!“

Die Reichskonferenz der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat auf Antrag der weiblichen Delegierten ein- stimmig folgende Erklärung gegen die Verwendung schwarzer Truppen in Deutschland beschlossen:

Wir protestieren gegen diese dem deutschen Volk an- gestandene Schmach, der Tausende wehrloser Frauen und Mädchen zum Opfer fallen.

Wir warnen die siegreichen Völker vor der Anwendung einer Waffe, die sich im letzten Ende verderbenbringend gegen die ge- samte weiße Rasse wenden wird.

Wir rufen auf alle Männer und Frauen der zivilisierten Erde, insbesondere unsere Genossen und Genossinnen jenseits der deutschen Grenze; wenn es Euch Ernst ist mit Eurer Sehnsucht, daß der Völkerriede den Völkerruh besiege, dann tretet ein mit aller Kraft für die Zurückführung der sargigen Truppen aus den besetzten Gebieten, deren Verwendung ein Schlag ist gegen Versöhnung und Verständigung der gequälten Menschheit.

Der große französische Streik.

Im ganzen unverändert.

Paris, 6. Mai. (L.) Die Lage war gestern im ganzen wie am Dienstag. Die Verhaftung der Führer lief nirgends Zwischenfälle hervor.

Paris, 6. Mai. (WZ.) Ueber die Streiklage liegen folgende Havasnachrichten vor. In Verdun hat sich die Lage bei den Hafnarbeitern wesentlich gebessert. In Valenciennes haben sich die Eisenbahner der Bewegung angeschlossen. Die Bergarbeiter haben beschlossen, die Arbeit fortzusetzen. In Le Havre haben die Metallarbeiter aus Solidarität mit den Eisenbahnern den Streik beschlossen. In Toulon hat eine Anzahl von Arbeitern des Arsenal gestern abend sich für den Streik erklärt. In Lille haben die Eisenbahner die Wiederaufnahme der Arbeit für heute erklärt.

Paris, 6. Mai. (WZ.) Die G. O. T. hat die Metall- und Bauarbeiter von Paris und Umgegend aufgefordert, nicht in den Streik zu treten, sondern erst den Befehl der Leitung ab- zuwarten. Die Verhaftungen werden fortgesetzt. Man spricht von der Verhaftung des bekannten sozialistischen Agitators Berceuil. Nach „Globe de Paris“ sind 76 Eisenbahnarbeiter entlassen worden, gegen zehn wurden Strafverfügungen eingeleitet.

Poriot verhaftet.

London, 5. Mai. (WZ.) Reuters meldet aus Paris: Das Mitglied des sozialistischen Parteivorstands, Poriot, den Lenin zum Vertreter der Sowjetregierung in Bekturova ernannte, ist heute unter der Beschuldigung einer Verschwörung gegen die innere Sicherheit des Staates (?) verhaftet worden.

Ein neues Parteiblatt in Holland.

Seit dem ersten Mai erscheint in Rotterdam unter der Leitung des bisherigen Sekretärs der holländischen Partei, Genossen Matthysen, eine neue große Tageszeitung, der „Boorwaarts“. Das gewaltige Anwachsen der sozialisti- schen Bewegung in der großen holländischen Hafenstadt hatte die Gründung eines besonderen Parteiblattes dort wünschenswert erscheinen lassen. So besitzen unsere holländischen Genossen nunmehr zwei große Tageszeitungen: „De Volk“ in Amsterdam und „Boorwaarts“ in Rotter- dam. Wir wünschen dem an einem Festtage der Inter- nationalen zum ersten Male erschienenen Bruderorgan, dem uns eine besondere Kameradschaft womöglich noch inniger verbindet, eine glückliche Zukunft und ein erfolg- reiches Wirken zum Wohle des holländischen und des inter- nationalen Proletariats.

Korruption!

Kapitalistisch-reaktionärer Zeitungs- und Mandatskampf.

Monatelang hat die reaktionäre Presse über angebliche Korruption der Regierungsparteien und „Schleierrepublik“ gehetzt, wobei sich herausstellte, daß ihre Gewährsmänner gewerbmäßige Schraubschreiber und berufsmäßige Verleumder wie Herr Rhodin und Konforten waren.

In Wahrheit sieht die Korruption an einer ganz anderen Stelle. Schwerindustrielle Kriegsgewinnler haben die „München-Kugsburger Abendzeitung“, haben den „Berliner Vokal-Anzeiger“ und den „Tag“ gekauft, haben „Post“ und „Berliner Neueste Nachrichten“ zu einem gemeinsamen Interessenorgan verknüpfen. Herr Hugo Stinnes, der rheinisch-westfälische Stahlwerks- und Grubenmagat, kauft ganz im stillen eine Berliner Großdruckerei nach der anderen mit zugehörigen Blättern, erst den Vögenstein-Konzern, dann „Deutsche Allgemeine Zeitung“. Hunderttausende von Zeitungslesern sollen auf diese Weise ganz unmerklich an die schwerindustrielle Interessengruppe verschoben werden, ohne daß sie ahnen, in welcher Weise ihr Blatt den Besitzer gewechselt hat.

Aber nicht nur Zeitungen kauft der Großkapitalismus, sondern auch Mandate. Die Deutsche Volkspartei versteigert sie meistens an kapitalträchtige Interessengruppen. Für 150 000 M. kauft die Spiritusindustrie bei der Deutschen Volkspartei einen sicheren Reichstagsitz, und die Lederindustrie will oder soll das gleiche tun, weil die Deutsche Volkspartei in erster Reihe im Kampf gegen die Lebenswirtschaft stand und dadurch den Wucher in Schuhen aus wirksam unterstützte.

Das sind Erscheinungen kapitalistischer Korruption, die zum Himmel stinken. Aber diese Erscheinungen finden sich nicht im republikanischen, sondern im monarchistisch-reaktionären Lager. Sie finden sich bei denselben Leuten, die diese politischen Schiebergeschäfte schon zu Wilhelm's Zeiten mit der größten Virtuosität getrieben haben und sicherlich nicht zuletzt deswegen die Monarchie zurückzuführen. Will sich in ihr das politisch-großkapitalistische Schiebergeschäft viel ungestörter und ungenierter mit Hilfe hoher und höchster Behörden vollziehen ließ.

Zu dem Ankauf der Norddeutschen Buchdruckerei durch den Stinnes-Konzern erfahren wir noch von gutunterrichteter Seite: Die Angelegenheit wird durch besonders interessanten, daß der Verleger Meimar Hobbing kürzlich auch eine Industrie- und Handelszeitung gegründet hat, ein Organ, das über die wirtschaftlichen Tagesereignisse informieren soll und das dabei auf die Mitarbeit der Behörden angewiesen ist. Mit einer Reihe von Ministerien sind Verträge in dieser Richtung abgeschlossen worden, daß die betreffenden Minister der Zeitung das notwendige Nachrichten- und Informationsmaterial kostenlos liefern, und zwar in einer Weise, die der Industrie- und Handelszeitung auf 12 Jahre hinaus ein Vorzugsrecht in der Belieferung mit amtlichem Material gibt. Wir erleben also das groteske Schauspiel, daß eine Regierung, die sich immerhin in grundsätzlicher Gegnerschaft zur Deutschen Volkspartei bis heute befunden hat, in ihrer Publikation vertraglich abhängig ist von einem industriellen Konzern, der sie auf das schärfste bekämpft. Es dürfte nur noch eine Frage der Zeit sein, daß dieser Ankauf der Zeitung sich auch auf den Ankauf anderer Regierungsfunktionen ausdehnt, wenn Stinnes überall so viel Glück hat wie bei dem Verleger Hobbing.

Der Kreisblattskandal.

Den „V. V. R.“ wird geschrieben:

Deutschnationale Blätter entrüsten sich darüber, daß an die preussischen Kreisblätter das Ersuchen gerichtet worden ist, die Rede des Ministerpräsidenten Braun bei der Landtagsöffnung nach dem Kapp-Zug im Wortlaut abzufragen. Es ist wohl selbst-

verständlich und bedarf auch für einseitige Politiker, die nicht auf dem Boden der Koalition stehen, keiner besonderen Begründung, daß die preussische Staatsregierung es für notwendig ansah, der großen Masse der auf die kleine Provinzpresse angewiesenen Leser nach dem Tschadowitz der Kapp-Phase und den sich damals ständig widersprechenden Nachrichten den offiziellen Standpunkt der preussischen Regierung darzulegen. Auch gegenüber der Beamtenchaft auf dem flachen Lande war das unbedingt erforderlich, zumal ja die Parlamentsberichte auch der größeren Zeitungen aus Raummangel immer nur Auszüge aus den Ministerreden geben. Die alte Regierung hat die amtliche Presse durch schärfsten Druck gehandelt und für ihre innerpolitischen Zwecke eingespannt, die republikanische Regierung, die in der Durchführung der Pressefreiheit so weit ge-

Aufruf an die Frauen!

Am 6. Juni sollen wir Frauen durch unseren Stimmzettel zum zweiten Male mitentscheiden über das Geschick unseres Volkes und Vaterlandes; über unsere und unserer Kinder Zukunft.

Eine große Verantwortung ist uns mit dem Wahlrecht in die Hände gelegt. Nun kommt es darauf an, daß wir uns reif erweisen, sie zu tragen. Nicht niederdrücken und belassen soll uns die Zeit und unsere Pflicht, sondern stolz und froh soll uns unser Recht werden lassen. Weil Vergangenheit und Gegenwart so dunkel das Leben jeder einzelnen Frau beschatten, muß die Zukunft hell und sonnig werden. Sie wird es, wenn wir unserer eigenen Kraft vertrauen; wenn wir den Mut und den Willen haben, auf der beschrittenen Bahn zum Sozialismus weiter zu gehen.

Wir wollen die verantwortungsbewusste Freiheit im Geistes- und Wirtschaftsleben der Völker.
Wir wollen den Frieden und die Völkerverständigung.
Wir wollen das Glück auf Erden.

Darum wollen wir den Sozialismus! Sozialismus ist Menschenliebe und Menschheitsdienst.

Der Weg zu diesem leuchtenden Ziele ist beschritten in der Verfassung der deutschen Republik. Wer mit uns will, daß er nicht wieder verschüttet wird, daß wir vorwärts gehen trotz aller Hemmnisse und Hindernisse, der wählt am 6. Juni die Liste der

Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Marie Juchacz.

gangen ist, daß sie die scharf reaktionäre Haltung eines großen Teils der amtlichen Kreisblätter hingenommen hat, soll aber nach Ansicht unserer Kreisblätter nicht einmal die Möglichkeit haben, die politische Programmdrede des Ministerpräsidenten bei einem entscheidenden und bedeutsamen Anlaß durch den amtlichen Kreisblattapparat der Veröffentlichung mitzutun!

Mit solchen demagogischen Mäßen mochte sich die reaktionäre Presse nur lächerlich und auch die Höhe des Wahlkampfes sollte sie in ihrem eigenen Interesse vor ähnlichen Entgleisungen bewahren. Wogegen wir nur zu sagen haben, daß dieser offiziöse Scheit viel zu milde ist. Die Kampf gegen die Republik bebenden Kreisblattschreiber gehören in hohen Logen hinausgeschmissen. Das läßt die Konfessionen mit Kreisblattverlegern und -redakteuren, die gegen ihre Regierung schreiben! Man sollte bei weitem Widerstand die Druckerien der Kreisblätter wechseln. Heute erhält der Staat Druckerien lebensfähig, die die dreifachen Subventionen gegen ihn herstellen.

Wiederaufstellung Gustav Hochs.

Hannau, 8. Mai. (Eigener Drohtbericht des „Vorwärts“.) Die Kreisversammlung Hannau-Weinhausen bestimmte den Genossen Gustav Hoch wieder zum Reichstagskandidaten.

Die Reichstagskonferenz ist nunmehr endgültig auf die Zeit vom 11.—19. Juni 1930 festgesetzt. Sie wird am ersten genannten Tage normittags 10 Uhr im Reichstagsgebäude eröffnet.

tauten“ oder „Formphantasien“ genannt. In der technischen Ausführbarkeit der Entwürfe ist kaum zu zweifeln, da man heute im Eisenbeton ein Material besitzt, in dem sich ungefähr alle denkbaren Architekturformen gestalten lassen. Es fragt sich also, wozu ständiger Wert ihnen beigemessen ist. Und da habe ich der Leistung recht skeptisch gegenüber. Ich sehe architektonische Gebilde, die an indische und altorientalische Formen sich anlehnen, und ich sehe absolut Neues in Gestalt von Riesenschmuck und gigantischen Kristallen, aber ich sehe nichts, von dem ich sagen könnte: Hier spricht ein klarer, fruchtbarer Geist, dem man die Kraft zu vertrauen dürfte, schließlich auch die schlichte bürgerliche Architektur in seinen Damm zu zwingen und einen einheitlichen Stil zu begründen, der letzten Endes im einfachsten Gebrauchsmittel zum Ausdruck kommen könnte.

Der Grund dieses Versagens liegt meines Erachtens in dem verfehlten Ausgangspunkt. Denn der Stil der Gotik, der Renaissance, des Barock usw. hat wirklich zunächst in kirchlichen und förmlichen Prunkbauten verblüht haben sollte, so kann das für die Gegenwart nicht maßgebend sein. Denn wir leben in einem demokratischen Zeitalter, und alles, was geschaffen wird, hat direkt und unmittelbar der Masse zu dienen und muß sich den Bedürfnissen eines armen kulturhungrigen Volkes anpassen. Nicht von oben her, nicht durch utopische Projekte für Zukunftszeiten der Zukunft läßt sich heute eine künstlerische Revolution durchzuführen, sondern sie muß, wenn sie lebensfähige zeugen und im Empfinden des Volkes Wurzel fassen will, von unten eisen.

Um der gelähmten baukünstlerischen Phantasie neuen Schwung zu verleihen und Schaffenden wie Genießenden letzte Ziele zu vom Arbeitsrat für Kunst in den Räumen des Graphischen von Bruno Taut, Hans und Wässi Richard, Gharoun und Kravt nicht nur Magentum und eheliche Begleitung sondern auch unwüchtige Begabung und selbst Genialität; befähigt gewiß ein wertvolles Hilfsmittel. Als praktische, schöpferische Vorarbeit für das, was die Gegenwart zu verlangen ein Recht hat, kann man sie aber nicht gelten lassen.

Grabbe-Abend im Leffing-Museum. Im März 1914 erhielt Herbert Eulenberg einen Aufruf zur Sammlung für ein Grabbe-Denkmal. Jetzt erhebe ein im Leffing-Museum zahlreich erhaltene Publika, das auf diesen Rat hin innerhalb 6 Jahren — ganze 1500 M. zusammengelesen hat! Für einen Dämon, der gewaltig barg und gab! Dieser Fond sollte nun ein Grabbe-Abend im Leffing-Museum stärken. Das Ziel war gut, das Gelingen aber leider rechtlich verfehlt. Mit der Gespinntheit der Zeitung, die den Themen des Programms auch musikalisch possend zu ergänzen konnte man zwar auch diesmal einberufen sein. Die jugendlichen Freunde Grabbes, Albert Forsting und Herbert Burgmüller, kamen zu spät. Aber wo blieb Grabbe selbst? Einen Vortrag über ihn und sein Werk sprach Paul Friedrich, und es gab einen Prolog und einen Aufzug. Eine „Grabbe-Prezigt“

Rasche Hilfe für die Beamten.

Der Ausschuss zur Beratung der Beamtenbefehlungs-Gesetze hat sich, wie den „V. V. R.“ mitgeteilt wird, in seiner Sitzung vom 5. Mai einstimmig dahin entschieden, daß der im Entwurf enthaltene sieben Befehlsvorlagen angenommen werden mit der Begründung, daß sie einheitlich mit Wirkung vom 1. April 1930 in Kraft treten. Diese Befehle sind alsbald nach Wiederzusammentritt der preussischen Landesversammlung im Juni 1930 einer Nachprüfung zu unterziehen, wobei die rückwirkende Kraft vom 1. April 1930 ab beizubehalten ist.

„Polenrepublik Oberschlesien“.

Die „Schlesische Volkszeitung“ veröffentlicht neue Dokumente, aus denen das Zusammenwirken des polnischen Volksabstimmungs-Kommissariats (Korant) mit der polnischen militärischen Aufstandsorganisation hervorgeht. Herr Korant wurde übrigens leghin beurlaubt, in Deutschland Agent des zarischen Rußland gewesen zu sein. Von seiner Erwidmung ist uns noch nichts bekannt.

In Deutschland brachten nach einer Breslauer Meldung der „Voll. Ztg.“, Vertreter der polnischen Regierung den verammelteten Vertrauensmännern die Anerkennung der schon im Februar gearteten „illegalen Polenrepublik Oberschlesien“ durch die Warschauer Regierung zur Kenntnis und erklärten, die Warschauer Regierung sei jederzeit zu militärischem Eingreifen bereit, um das „unpolnische Oberschlesien“ von der „verbrecherischen Sicherheitswehr“ zu befreien. Es soll auch ein Eingabensurround an die Entente-Kommission organisiert werden, damit die Sicherheitswehr abgeköpft und durch eine polnische Truppe ersetzt wird — damit man ungestört arbeiten könne!

Varietätlich vorgenommene Feststellungen über die Meuterei in Deutscher Gerichtsgefängnis, bei der schwere Verbrechen entkommen sind, haben als Ursache die Verzögerung der Untersuchung der Straffälle infolge des Richterstreiks ergeben.

Die „Freiheit“, die eben noch die deutschen Kundgebungen in Döpen usw. ausschließlich dem Nationalismus aufs Konto geschrieben hatte, veröffentlicht nun einen eigenen Bericht aus Oberschlesien. Hiernach vertrieben die deutschen Städtebewohner in den polnischen Demonstrationen vom Lande einfach die Lebensmittelwucherer, unter deren Ausplünderung sie jahrelang gelitten haben. Es wird da auch berichtet, daß je mehr in Deutschland gegen das Junker- und Ausbeutertum Front gemacht werde, desto größer die Zahl derjenigen wird, die überhaupt keine Abkündigung über Oberschlesiens künftiges Schicksal wollen. Aber diese Abkündigung ist durch das Nachtgebot der Entente vorgezeichnet, man wird ihr nicht entgehen, und darum gilt es, alle Kräfte zusammenzufassen und auch eine Politik zu betreiben, die die Volksmehrheit in Oberschlesien für Deutschland gewinnt. Das Vorgehen der Polen im Verein mit den inneren und wirtschaftlichen Zuständen in den von ihnen bereits gewonnenen deutschen Ländern arbeiten nach dieser Richtung.

Reuthen (C. Schl.), 6. Mai (WBZ.) Korant nimmt in der „Grenzzeitung“ zu der deutschen Note Stellung und schreibt u. a.: „Schlotternde Angst und helle Verzweiflung über den sich vollziehenden Verlust Oberschlesiens für Deutschland treiben die deutschen Kreise wiederum auf den ihnen seit langer Zeit bekannten Weg der Fälschung und Verfälschung der öffentlichen Meinung.“

Korant spricht dann weiter seine Befriedigung aus, daß endlich ein Forum geschaffen werde, um die deutschen Anschuldigungen einer objektiven Prüfung zu unterwerfen und die polnischen Geheimdokumente als mit amtlichen Geldern fabrizierte Fälschungen festzustellen. Er könne der deutschen Regierung schon heute erklären, daß sie bei der Gelegenheit ihr blaues Band überziehen werde. Denn er werde nicht verfehlen, hierbei den Deutschen die mit Wissen und Willen der deutschen Regierung inszenierten Verbrechen und Umtriebe in Oberschlesien zu enttarnen.“

Hierzu bemerkt WBZ: Der Wutausbruch des Herrn Korant in der „Grenzzeitung“ ist durchaus verständlich. Der Gedanke, daß einem die geheimen Pläne so demoralisierend vor der breitesten Öffentlichkeit enthüllt werden, würde wahrscheinlich auch weniger aggressive Naturen als Herrn Korant aus der Fassung bringen. Mit um so größerer Ruhe sieht man deutscherseits seinen Enttarnungen entgegen.

von Fritz Ebers teilte sich an und am Schluß stand eine dramatische Szene nach dem Grabe-Abend im Leffing-Museum: die ebenfalls von Fritz Ebers verfasste Szene „Der sterbende Grabbe“. Wo ist die Grabbe? Grabbe's Dichtergeist?

Im Programm war ursprünglich eine Revision aus des Dichters Drama „Kurtus und Gulla“ angelegt, aber sie unterblieb; man optierte für jener „Grabbe-Prezigt“. Statt dem Publikum Gelegenheit zu geben, mit einem zeitgenössischen Werke des Dichters hier bekannt zu werden, wurde es mit einem Sammelband von Grabbe-Arbeiten unterhalten. Daß dies willkürliche Gesänge von Plätzen aus Berlin und Briefen und auf Papierstücken niedergeschriebenen Einflüssen Dichter und Volk nicht näher brachte, bewies die Heiterkeit, die die Ausführungen begleitete, peinlich genug. Und die Sterbeszene gab kein Bild, sondern ein Zerstückeltes. Aber zugestanden sein mag, daß Paul Witts Schauspielerei die Leistung in der Hauptrolle für vieles entschuldigt. Man ließ den Abend hinter sich mit dem immer wieder beobachtenden Wunsch, daß Berliner Bühnenleiter sich endlich auf ihre Pflicht Grabbe gegenüber bestimmen mögen. Auch das Parus-Fragment läßt dabei in Betracht. Es hat Stellen, die gerade heute verstanden würden: die Senatsszene, in der die Gegenstände der Benachteiligten und der Beschloßen aufeinanderprallen.

Verlegung zur Ausbildung von Jugendamtangehörigen. Bei dem am 17. Mai beginnenden Verlegung können noch einige Anmeldungen berücksichtigt werden. Voraussetzung abgeschlossene akademische Bildung oder gleichwertige. Umgehende Anmeldungen beim Verursacher für Akademiker, Frankfurt a. M., Unterstadt.

Der Meineldeische Männerchor, der wiederholt bei unseren Parteiveranstaltungen, zuletzt am 1. Mai, mitgewirkt hat, veranstaltet am 8. Mai, abends 8 Uhr, in der Hochschule für Musik, Göttertempel, Harndörfer, die Solistenkonzerte, ein Konzert, auf welches wir unsere Parteifreunde aufmerksamen machen.

Die Sing-Akademie veranstaltet am 8. Mai eine Wiederholung der Aufführung von Haddus Jahreszeiten. Die Aufführung findet zum Behen des neugegründeten Kulturwerks für deutsche Musik und Musiker statt.

Der Schafsteinmaler Karl Schäffling, der wie Anton v. Werner lauter und in seinem Werk die Natur zu malen verstand, ein treuer Diener der menschlichen Kunstschöpfung war und zahlreichen Offizierskreisen Geistes- und Leinwand besetzte, ist, 66 Jahre alt, in Berlin gestorben.

Die Gesellschaft für Gedächtnis wird in allgemeiner Sitzung am 8. Mai, abends 7 Uhr, im Rathenower-Museum (Rathenower-Str. 7) einen Vortrag mit Lichtbildern von Kapitänleutnant Brähler über eine Reise von China nach Ost-Turkestan während des Krieges hören.

Eine „Deutsche Gesellschaft für Bauingenieurwesen“ wurde in einer Berliner Versammlung der führenden Vertreter dieses Fachs innerhalb des Bereichs deutsch-jugenslauer aus allen Teilen Deutschlands und aus dem Reichsbereich Ausland gegründet. Die Gesellschaft verfolgt hauptsächlich wissenschaftliche Zwecke und will an dem Wiederaufbau unseres Vaterlandes durch Austausch von Erfahrungen usw. tatkräftig mitarbeiten. Zum Vorsitzenden wurde einstimmig Prof. Dr. Eberly gewählt.

Die im Institut für praktische Biologie im Monat Mai stattfindenden Vorträge zur Schulung des Schachmeisters und der Beobachtung beginnen für Erwachsene Freitag abends 7 1/2 Uhr, für Kinder Dienstag, normittags 3 1/2 Uhr. Anfragen an Dr. Roll, Berlin W. 15, Kurfürstendamm 4.

Architektonische Zukunftsmusik.

Von John Schifowski.

Die Väter der gegenwärtigen jungen Generation haben den Augustinisch gereinigt, den die Großväter in der Kunst hinterlassen hatten. Es ist ihnen gelungen, in der Architektur und im Kunstgewerbe den verlogenen Dekorationsprunk zu beseitigen und dem Material wie der ehelichen konstruktiven Arbeit Lösung zu verschaffen.

Ethelikeit und Hochschätzung sind schätzbare moralische Qualitäten, aber sie begründen an sich noch keine ästhetischen Werte. Die junge Generation fand im wesentlichen einen reinen und — wie der Landmann sagt — „guten“ Acker vor, der bereit war, neue Saat aufzunehmen. Und sie erinnerte sich daran, daß die Architektur nicht nur ein nützliches Handwerk ist, sondern daß sie freischaffend zu den Künsten gehört, in denen stets auch die frei schaffende Phantasie ein entscheidendes Wort mitzusprechen hat. Die künstlerische Einbildungskraft wieder in ihre Rechte einzuführen, wurde das allgemeine Ziel, dem die junge Generation zustrebt.

In der Baukunst verfolgt sie dieses Ziel, obwohl sie sich bewußt ist, daß die Not der Zeit gerade auf diesem Gebiet alles Schaffen auf das wirtschaftlich Notwendigste einschränkt und dem Spiel der Phantasie nur einen sehr beschränkten Raum läßt. Aber die Vertreter der Jungen sind der Meinung, man dürfe das Ziel trotzdem nicht aus dem Auge verlieren, und wenn man seine Ideale nicht in der Praxis verwirklichen könne, so müsse man sie doch im schöpferischen Trauma bis in alle Einzelheiten ausgestalten und das Neue, das in Stein, Eisen und Glas nicht zu realisieren sei, wenigstens auf dem Papier entwerfen lassen. Nun liegt allerdings die Frage nahe: Warum betätigt ihr euch Können nicht zunächst in der Lösung der bescheidenen Aufgaben, die heute aktuell sind, in der Herstellung von Neubauten, Wohnhäusern, Schulen? Darauf pflegen die jungen Architekten zu antworten: Die Phantasiekunst, die wir erziehen, kann in praktischen Neubauten nicht zum deutschen Ausdruck kommen; außerdem lehrt die Geschichte, daß überall, wo ein baukünstlerischer Stil entstand, dieser in Monumentalbauten, in Domen und Palästen zuerst sich verkörperte und erst von hier aus die niedere Architektur und das Kunstgewerbe befruchtete hat.

Dies ist der Standpunkt der jungen Architekten, die in einer vom Arbeitsrat für Kunst in den Räumen des Graphischen Kabinetts (Kurfürstendamm 232) veranstalteten Ausstellung „Neues Bauen“ vertreten sind. Gezeichnete, gemalte und plastisch modellierte Entwürfe führen uns in eine phantastische Märchen- und Wunderwelt, die wir uns in Stein, Beton, Eisen und farbigem Glas verwirklicht denken müssen. Als Wohnhäuser, Kunstgebäude, Fest- und Musikhallen soll ein Teil dieser gezeichneten Bauten dienen andere werden einfach „Phan-

Einwohnerwehr-Ersatz.

Die Preussische Landesversammlung hat am Donnerstag die Wahl des Abg. Franz Daks (Soz.) im Doppelwahlkreis mit 138 Stimmen der beiden sozialdemokratischen Gruppen und der Demokraten gegen 121 Stimmen des Zentrums und der Rechten für gültig erklärt.

Bei den Abstimmungen über die

Anträge zu den Einwohnerwehren

wird nur der demokratische Antrag angenommen, wonach ein an die staatliche Sicherheitspolizei angelegter Ort- oder Flurkreis zu schaffen ist, der nicht zu parteipolitischen oder verfassungswidrigen Zwecken mißbraucht werden kann, und ferner eine Verstärkung der staatlichen Sicherheitspolizei unter Übernahme der bisherigen kommunalen Sicherheitspolizei in den Industriegebieten eintreten soll.

Der Gesetzentwurf über die Abänderung einiger Vorschriften des Gemeindeabgabengesetzes wird in zweiter und dritter Beratung angenommen; ebenso ein Ausnahmestellung, wonach eine reichsgerichtliche Vorschrift erlassen werden soll, in der die einen Versicherten behandelnden Ärzte allgemein für Befugnt erklärt werden, den Organen der reichsgerichtlichen sozialen Versicherung über Art der Krankheit, Zustand und Behandlung des Versicherten Auskunft zu erteilen.

Das Krüppelfürsorgegesetz

wird nach aufkommenden Erklärungen der Abg. Dr. Behl (M. Soz.), Dr. Schmittmann (Ztr.), Frau Böhlmann (D. Sp.), Dollmer (Dnat.) und Dr. Salzhmann (Dem.), der außerdem eine Vorlage über die Gewährung staatlicher Mittel zur Abkündigung der den Verbänden verbanden sowie den Stadt- und Landkreisen aus dem Gesetz erwachsenden Kosten verlangt, ferner des Abg. Dr. Meyer-Bestpreußen (Soz.) in zweiter und dritter Lesung angenommen.

In zweiter und dritter Lesung stimmt das Haus auch dem Gesetzentwurf über die Dauer des Vorbereitungsdienstes der Gerichtsreferendare zu. Ohne Aussprache wird der Rot-Haushaltplan in zweiter und dritter Lesung angenommen. — Ein Antrag sämtlicher Parteien auf Gewährung von Feuerungs- und Befahrungszulagen für die Beamten, Rubensstandsbeamten in den besetzten Gebieten wird ohne Aussprache angenommen.

Freitag 12 Uhr: Kleine Anfragen, Besoldungsvorlage, Abschaffung der finanziellen Adelsvorrechte. Schluß 3/4 Uhr.

Groß-Berlin

Tuberkulosebekämpfung.

Die in Berlin seit langem bestehenden Auskunfts- und Fürsorgestellen für Lungentrante, die Unterbringung und Katerteilung kostenlos gewährten, haben in neuerer Zeit ihre Tätigkeit auf den sogenannten Mittelstand beschränkt. Seitdem erstreckt sich diese Tuberkulosefürsorge auf die nicht marktenlebenden Einwohner Groß-Berlins mit Ausnahme von Charlottenburg, Schöneberg und Wilmersberg, die eine eigene Fürsorge für den Mittelstand haben. Dem bei der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte versicherten Personen und ihren Familien, die gleichzeitig Invalidenmarken haben, steht die Wahl zwischen dieser Fürsorge der Auskunftsstellen und derjenigen der Landesversicherungsanstalt Berlin frei.

Sie entnehmen dem uns jetzt vorliegenden Tätigkeitsbericht für 1919, daß 6082 Personen in der Tuberkulosefürsorge standen, darunter 3961 Erwachsene (1818 Männer, 2033 Frauen) und 2121 Kinder. Unter den Erwachsenen waren folgende Berufsvertreter: 998 höhere, mittlere und untere Reichs-, Staats- und Gemeindebeamte und -angestellte, 820 selbständige Kaufleute, 689 kaufmännische, Bank- und Versicherungsangestellte, 504 Handwerkermeister, 91 Dausangestellte und Heimarbeiterrinnen, 38 Schriftsteller und Künstler, 85 Ingenieure und Techniker, 1 Prediger, 1 Rechtsanwält 767 ohne Beruf (Witwen, Halbwitwen, Leber 14 Jahren, sonstige Bediener). Die Fürsorgegeschworenen machten 15352 Wohnungsbesuche, hauptsächlich um die anstehenden Tuberkulosefälle von den anderen Familienmitgliedern in der Wohnung abzusondern und über Behandlung des gefährlichen Auswurfs, der Leib- und Bettwäsche, des Stuhls und Urinbehälters zu belehren. Da die Bekämpfung eines besonderen Zimmers für die Kranken zuweilen

auf sekundäre Schwierigkeiten stieß, wurden Mietszuschüsse gewährt, im ganzen nur 1112 M. Zur häuslichen Pflege der Kranken wurden 11 735 M. gegeben. Aus dem Ausland kamen einige Nahrungsmitteleisenden, nicht nur von Auslandsdeutschen, sondern auch von Engländern und Amerikanern, besonders von Kanadern. Unter Anerkennung dieser Hilfe weist der Bericht auf die Wertungen der Hungerblockade hin und sagt: „Leider wird der Schaden, dem unter 60-Millionen-Volk durch die Hungerblockade ausgeübt werden sollte, erst in vielen Jahren ausgeglichen werden. Wir können unseren Feinden aus eigener Anschauung bestätigen, daß die überaus grausame Maßregel der Blockade ihren vollen Erfolg an Vernichtung von Leben, Gesundheit und Kultur gehabt hat.“ Bericht wurden 324 Personen in Heilstätten, 297 in Heimstätten, 197 in Walderholungsstätten, Landausfallhalte und Ferienkolonien; 61 wurden Krankenhäusern überwiesen. Die für Heil-, Heim- und Walderholungsstätten aufgewendeten Gelder beliefen sich auf 210 813 M. Davon konnte das Zentralkomitee der Auskunfts- und Fürsorgestellen aus eigenen Mitteln nur 19 897 M. zahlen, während 102 457 M. von Behörden, anderen Vereinen usw. und 88 059 M. von den Patienten selber aufgebracht wurden. Aus Mangel an Mitteln konnten manche Kuren nicht gewährt, andere nicht verlängert werden. Auch infolge Steigerung der Pflegekosten in den Heilstätten schiederte mit zunehmender Häufigkeit die Versicherung an den Kosten. Ebenso mußte wegen Geldmangels der Rufschuß für die Familien oft geringer bemessen werden, als wünschenswert gewesen wäre.

Das Zentralkomitee spricht in dem Bericht die Bitte aus, daß mehr Geldzuwendungen von privater Seite gemacht werden möchten. Das ist allerdings sehr nötig, solange nicht — was das Beste wäre — allein durchgreifende Abhilfe brächte — die Fürsorgetätigkeit vom Staat oder den Gemeinden übernommen wird. Nur nebenbei weist der Bericht auch auf diesen Weg hin, der aus allen Schwierigkeiten herausführen könnte.

Die Fürsorgestellen für Lungentrante haben Sprechstunden: Poststr. 19/11 an den Werktagen (außer Sonnabend) 10 1/2 — 12 Uhr, außerdem Dienstag und Donnerstag 8 — 5 Uhr; Luisenstraße 18a (Charité) Montag, Dienstag, Donnerstag, Freitag 4 — 6 Uhr.

Praktische Handhabung der Höchstmietverordnung.

Der Wohnungsverband wird und geschrieben: Da über die Wertungen der Höchstmietverordnung des Wohnungsverbandes Groß-Berlin noch vielfach Unklarheiten vorhanden sind, seien die Grundzüge der Verordnung hier kurz wiederholt:

Für Wohnungen mit Zentralheizung ohne Warmwasserheizung gilt folgendes: Ist die Miete monatlich zu zahlen, so ermäßigt sich ab 1. Mai d. J. die Miete auf den Betrag der Friedensmiete 1914 plus 20 Prozent, falls die durch Vertrag oder Entscheidung des Mieteinigungsamtes festgesetzte Miete höher war. Betrag letztere weniger als die Friedensmiete plus 20 Prozent, so ist die bisherige Miete weiter zu zahlen. Bei vierteljährlicher Mietzahlung tritt die Ermäßigung erst am 1. Juli ein.

Bei Wohnungen mit Zentralheizung oder Warmwasserheizung ist zu unterscheiden, ob die letzten Preisvereinbarungen vor oder nach dem 25. Juni 1919 getroffen sind. Im ersteren Falle findet die Verordnung des Wohnungsverbandes zunächst überhaupt keine Anwendung, sondern es bleibt bei den Bestimmungen der Verordnung vom 22. Juni 1919, wonach auf Antrag des Vermieters das Mieteinigungsamt mit Rücksicht auf die Mehrkosten für Koks den Mietzins erhöhen kann. Ist die letzte Preisvereinbarung nach dem 25. Juni 1919 getroffen, so kommt die Höchstmietverordnung des Wohnungsverbandes zur Anwendung. Koks derselben hat ab 1. Januar d. J. eine Trennung der sogenannten reinen Grundmiete von den Kosten für Heizung bzw. Warmwasserbereitung zu erfolgen. Die reine Grundmiete berechnet sich in der Weise, daß von der Friedensmiete für Zentralheizung 7 1/2 Proz., für Warmwasserbereitung 2 1/2 Proz. abgezogen und zu dem Restbetrag 20 Proz. hinzugezählt werden. Da die Feststellung des am 1. Januar d. J. vorhandenen Koksbestandes im allgemeinen jetzt nicht mehr möglich sein wird, hat man sich vielfach schon dahin geeinigt, die Trennung der Grundmiete von den Kosten für Koks erst ab 1. April d. J. vorzunehmen.

Fahrpreisermäßigung für die Siedler.

Wie wir vor einigen Tagen berichteten, hat die Eisenbahnverwaltung eine neue Fahrpreisermäßigung für die Kolonisten und Siedler in der Umgebung Berlins gewährt, die bereits vom 15. d. Mts. ab in Kraft tritt. Zur Erlangung der Fahrpreisermäßigung wird vorausgesetzt, daß die Inanspruchnahme der Fahrpreisermäßigung

nur durch solche Reisende erfolgt, die Eigentüme oder Pächter eines Grundstücks bis zu 1000 qm Größe, oder Angehörige von Pächtern oder Eigentümern sind, die entweder dort anlässlich sind oder aber das Grundstück zu späterer, bestellter, bewirtschaften. Die Fahrpreisermäßigung wird aber auch dann gewährt, wenn die Bewirtschaftung nur zur Gewinnung von Feld- und Gartenfrüchten dient. Die Ermäßigung wird nur für Fahrten von der Station des Ortes, in dem das Grundstück liegt, in der Richtung nach Berlin oder umgekehrt und nur nach und von solchen Orten gewährt, die höchstens 40 Kilometer von der Stadtgrenze Berlins (Ringbahn) entfernt sind. Soweit hierbei jedoch Stadt-, Ringbahn- und S-Bahnlinien benutzt werden, tritt keine Ermäßigung des Fahrpreises ein. Zur Erlangung der Fahrpreisermäßigung ist ein Ausweis nach vorgeschriebenem Muster erforderlich, in dem von der Polizei oder dem Gemeindevorstande des Ortes, in dem das Grundstück liegt, bescheinigt wird, daß die Voraussetzungen für die Erlangung der Fahrpreisermäßigung erfüllt sind. Der vom Inhaber eigenhändig unterschriebene Ausweis muß bei der Lösung der Fahrkarte und auch an der Bahnsteigpforte vorgezeigt werden. Je zwei Kinder im Alter von über vier und unter zehn Jahren werden als eine Person gerechnet. Die Ermäßigung wird auch nur für Personenzüge in der 4. Klasse und auf Bahnhöfen, wo keine 4. Klasse geführt wird, in der 3. Klasse gewährt und beträgt die Hälfte des Fahrpreises 4. Klasse. Die Vorzüge für die Ausweise werden in den nächsten Tagen voraussichtlich ab Mitte nächster Woche bei den Fahrkartenausgaben zu haben sein.

Generalversammlung des Vereins Arbeiter-Jugend Groß-Berlin.

Auf der Generalversammlung waren 100 Delegierte von 50 Abteilungen vertreten, von denen 25 von den Parteiorganisationen delegiert waren.

Genosse Rüdiger gab den Geschäftsbericht für das Geschäftsjahr 1919/20. Die Zahl der Abteilungen ist von 17 auf 50 gestiegen, die Mitgliederzahl hat sich von 1846 auf 2900 erhöht, die Zahl der Funktionäre von 260 auf 650. Der Schulung der Funktionäre dienten Vorkurse und Konferenzen sowie Festschulung. Auch die Mitarbeit der Erwachsenen konnte gesteigert werden; zu ihrer Information fanden in der letzten Zeit regelmäßige Konferenzen statt. Wichtige Arbeit ist auf dem Gebiete der Bildung geleistet worden. Es fanden 494 Vorträge mit 13 219 Besuchern statt, die sich besonders auf Volkswirtschaft, Geschichte, Literatur, Naturwissenschaft, Jugend und Arbeiterbewegung verteilten. Diskussionsabende über dieselben Gebiete fanden 254 mit 6865 Besuchern statt. Außerdem fanden 30 Bildhildervorträge, 94 Museumbesuche statt, auch die Treptower Sternwarte wurde häufig besucht. Für die weibliche Jugend fanden 40 Mädchenabende statt. In größeren Veranstaltungen fanden 7 Schulentlassungs-, 2 Revolutions-, 8 Weihnacht-, 2 Herbst- und 1 Jahresabendfeier, 4 Theateraufführungen und 3 Nachmittagskonzerte statt. In den 8 Jugendweihen, die im Berichtsjahr stattfanden, empfingen insgesamt 850 Kinder die Weihen für ihren Eintritt ins Leben. In 13 Abteilungen bestanden Bibliotheken mit 1184 Büchern. An Trophäen und Jugendbüchern wurden für 14 000 M. umgesehen. Die Zahl der Spiel- und Unterhaltungsabende war naturgemäß die größte, es fanden 970 Spielabende mit 27 567 Besuchern statt. Zur Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten wurden 310 Mitgliederberatungen abgehalten mit einer Besucherzahl von 8923.

Der Arbeit für den Jugendschub wurde besondere Aufmerksamkeit zugewandt. 250 Jugendliche holten sich vom Jugendsekretariat Rat und Auskunft und in 15 Fällen übernahmen sie die Vertretung vor dem Gewerbeamt. Lohnforderungen zu stellen lehten wir ab, da dies Ende der Gewerkschaften ist. Zur Agitation wurden sechs öffentliche Versammlungen, davon fünf in den Vororten, veranstaltet. Außerdem wurden über 200 000 Flugblätter verbreitet.

Der Redner ging dann auf die Einigungsfrage mit den Kolonistenorganisationen ein und empfahl die Annahme zweier Anträge, die zur Errichtung einer Arbeitsgemeinschaft gegen die Reaktion mit der „Proletarierjugend“ und „Freien Jugend“ auffordern.

In der Diskussion wurde mit ganz geringen Ausnahmen für die Errichtung der Arbeitsgemeinschaft mit der „Proletarierjugend“ und „Freien Jugend“ eingetreten. Besondere Wünsche wurden auch für den Ausbau der Organisation geltend gemacht. Gestützt wurde, daß sich leider viel zu wenig Parteigenossen an der Arbeit beteiligen.

Segen der Erde.

Roman von Knut Hamsun.

25] Doch sie haben keinen Ingenieur, da beruhigten sich ihre Herzen wieder und fühlten einen wahren Gottesfrieden nach der Spannung.

„Was gestirnt eine Frau hier?“ fragte der Vater. — „Ja.“ — „Die Frau von drinnen? Hast ihr sie gesehen, als sie wegging?“ — „Ja.“ — „Hat sie eine Biene bei sich?“ — „Nein.“ sagten die Kinder. „Eine Biene?“ — „Hat sie nicht eine Biene bei sich, als sie wieder heimging?“ — „Nein. Was für eine Biene?“

Naf überlegte und grübelte nach, und am Abend, als das Vieh von der Weide zurückkam, zählte er die Biene zuer: es waren sechs. Er zählte sie noch einmal, zählte fünfmal — es waren sechs Biene. Keine fehlte.

Naf atmete erleichtert auf. Wie war das zu verstehen? Oline, das Kindvieh, hatte wohl nicht auf sechs zählen können. Er sagte in ärgerlichem Ton zu ihr: „Was tustest du denn, es sind ja sechs Biene!“ — „Sind es sechs?“ fragte sie unschuldig. — „Ja.“ — „So, ja ja.“ — „Ja, du bist mir ein guter Rednermeister.“ — Darauf erwiderte Oline ruhig und gekränkt: „Nun, wenn alle Biene da sind, dann hat Gottlos Oline keine von ihnen ausgelesen. Ich bin recht froh für sie!“

Sie verirrte ihn mit diesem Streich und brochte ihn dazu, sich die Gasse aus dem Kopf zu schlagen. Er zählte nun den Viehstand nicht mehr, es fiel ihm auch nicht ein, die Schafe zu zählen. Natürlich war Oline nicht so schlamm, sie führte ihm gewissermaßen das Hauswesen, versorgte sein Vieh, sie war nur sehr dumm — aber dadurch schadete sie sich selbst und nicht ihn. Möchte sie doch leben und weiterleben, sie war nicht mehr wert. Aber es war düster und freudlos, in einem solchen Leben der Naf zu sein.

Die Jahre waren vergangen. Jetzt war Gras über dem Gaudach gewachsen, ja sogar das Scheunendach, das mehrere Jahre länger war, stand grün. Die Eingeborene des Waldes, die Feldmäuse, hatte längst im Vorratshaus ihren Einzug gehalten. Es schwirrte von Meisen und anderem Gedögel auf der Anstiedlung, auf der Halde gab es Auerhähne, ja auch Krähen und Eistern waren herbeigeflogen. Aber das Wertwürdigste hatte sich doch im letzten Sommer begeben, da waren

Näven von der Meeressküste heraufgeflogen und hatten sich auf diesem Grundstück im Dedland niedergelassen. So bekannt war die Anstiedlung unter der ganzen Schöpfung geworden. Und was meint ihr, welche Gedanken in Eleus und dem kleinen Sivert aufstiegen, als sie die Näven sahen? O es waren fremde Vögel von weit her, und sie waren nicht sehr zahlreich, aber es waren doch sechs Stück, weiße Vögel, alle ganz gleich; sie spazierten auf den Feldern umher, bisweilen bissen sie Gras ab. — „Vater, warum sind sie hergekommen?“ fragten die beiden Wirtskinder. — „Weil sie auf dem Meere einen Sturm erwarteten.“ — „Ah, wie sonderbar und geheimnisvoll war das mit den Näven!“

Und vieles andere Gute fehlte Naf seinen Kindern. Sie waren jetzt so alt, daß sie in die Schule gehen sollten, aber die Schule war drinnen im Dorfe, viele Meilen entfernt und nicht zu erreichen. An den Sonntagen hatte Naf den Kindern selbst das Abbeigebracht, aber irgendeinem höheren Unterricht war er selbst nicht gewachsen, nein, dazu war dieser geborene Landmann nicht geschaffen. Der Nationalismus, die biblische Geschichte logen deshalb ruhig auf dem Wandbrett neben den Ziegenkäsen. So wie Naf die Kinder heranwachsen ließ, mußte er wohl denken, Unkenntnis in Buchweisheit sei für den Menschen bis zu einem gewissen Grad eine Kraft. Beide Jungen waren ihm eine Herzensfreude; Naf mußte oft daran denken, wie ihre Mutter, als sie noch ganz klein waren, ihm verboten hatte, sie anzufassen, weil er Hatz an den Händen habe. O Hatz das Meiste auf der Welt! Teer und Ziegenmilch und zum Beispiel Wack — sind auch gesund und vortrefflich; aber Hatz, Lannhartz — o schade!

Ja, da gingen also die Kinder in einem Paradies von Schmutz und Unwissenheit umher; aber es waren hübsche Kinder, wenn sie sich ein seltsames Mal muschen, und Klein-Sivert war geradezu ein Prachtkind; aber Eleus war feiner und tiefer angelegt. — „So, aber woher können die Näven wissen, daß ein Sturm droht?“ fragte er. — „Sie haben die Wetterkrankheit.“ antwortet der Vater. „Aber außerdem sind sie nicht mehr wetterkrank als die Fliegen.“ fuhr er fort, „was sie auch haben mögen, ob sie Gicht bekommen oder ob ihnen schwindlig wird oder so etwas. Aber klagt nie nach einer Fliege, denn dann wird es nur schlimmer bei ihr.“ sagte er. „Vergeht das nicht, Jüngern! Die Bremse ist von anderer Art, sie stirbt von selbst. Ganz unversehens kommt die Bremse im Sommer eines Tages daher; und hast du nicht

gegeben, so ist sie auch wieder verschwunden!“ — „Wo bleibt sie?“ fragte Eleus. — „Wo sie bleibt? Das Fett erstarrt in ihr, und dann bleibt sie liegen!“

An jedem Tag mehr Gelehrsamkeit: Wenn die Kinder von hohen Felsblöcken heruntersprangen, sollten sie die Zunge gut im Munde behalten, damit sie ihnen nicht zwischen die Zähne komme. Wenn sie größer würden und für die Kirche einen guten Geruch haben wollten, sollten sie sich mit etwas Rainfarn, der auf der Halde droben wuchs, einreiben. Der Vater war voller Weisheit. Er erzählte den Kindern von den Steinen und vom Feuerstein, und daß der weiße Stein härter sei als der grobe, aber wenn er einen Feuerstein fand, mußte er auch einen Feuerstein suchen, den er in Lauge kochte und aus dem er dann Jambur machte. Dann schlug er Feuer damit. Er erzählte ihnen vom Mond und sagte, wenn sie mit der linken Hand in die Mondfichel hineinreichten könnten, dann sei der Mond im Zunehmen, könnten sie das aber mit der rechten tun, dann sei er im Abnehmen. — „Vergeht das nicht, Jungen!“ Ein seltsames Mal ging Naf indes zu weit, und da wurde er sonderbar und unverständlich: einmal kam er mit einem Auspruch daher, der darauf hinauslief, es sei leichter für ein Komel, in den Himmel zu kommen, als für einen Menschen, durch ein Nadelöhr zu gehen. Ein anderes Mal, als er ihnen von dem Glanz der Engel berichtete, sagte er, die Engel hätten die Sterne statt Beschläge an die Hüfte ihrer Schube genagelt. Das war ein guter, treuherziger Unterricht, der auf die Anstiedlung paßte, der Schullehrer im Dorf drinnen würde darüber gelächelt haben; Nafs Kinder dagegen nährten ihre Phantasie ziemlich stark damit. Sie wurden für ihre eigene enge Welt erzogen und unterrichtet, was hätte besser sein können! Beim Schlafengehen im Herbst waren die Jungen höchst neugierig: für die Tiere, die geschlachtet werden sollten, hatten sie große Angst, und ihre kleinen Herzen waren tief betrübt. Da mußte nun Naf mit der einen Hand das Tier festhalten und mit der andern austreten, und Oline rührte das Blut um. Jetzt wurde der alte Bod herausgeführt, weiß und häßlich war er, die beiden kleinen Burken standen an der Hausseite und guckten hervor.

„Das ist doch ein abscheulicher Wind heuer,“ sagte Eleus und wendete sich ab und wischte sich die Augen. Der kleine Sivert weinte offenherzig, er konnte sich nicht beherrschen, sondern rief: „Ah, du armer, alter Bod!“ (Fortf. folgt.)

Briefkasten der Redaktion.

W. 14. Sie raten, es keinen privaten Anwalt zu überlassen, sondern der Reichsanwalt zuzuführen...

H. G. 18. Bergarbeiterverband: Todum. Biemelhauser Straße 38-40. W. G. 31. Sie sind zur Sitzung ohne weiteres beabsichtigt...

Herausgabe der Bringsmaschine fordern. W. 116. Siehen Sie 14 und Herrn Hartner...

Bekanntmachung

betreffend die Auslegung der Reichstagswählerlisten in Berlin

Nach der Bestimmung des Herrn Reichsministers des Innern sollen die Wählerlisten für die Wahlen zum Deutschen Reichstags...

Verzeichnis der Auslegestellen für die Reichstagswählerlisten 1920.

Table with 4 columns: Nr., für die Stadtbezirke, Auslegestelle, Straße. Lists various locations across Berlin for voter list consultation.

Verein der Berl. Buchdrucker u. Schriftgießer

Diejenigen Druckereien, in denen der Raffensbote keine Stimmzettel zur Stichwahl abgegeben hat...

Allgemeine Orts-Krankenkasse Niederbarnim.

Table showing membership fees for different classes (Stufe) of the health insurance fund.

Der Raffenbeitrag beträgt wie bisher 7 vom Hundert des Grundlohns und zwar...

Trauringe advertisement for Minoga, Berlin O 17, featuring gold, silver, and platinum jewelry.

Advertisement for Fern-Hochschule, offering technical education in various fields.

Advertisement for Elektromotoren, providing technical specifications and contact information.

Advertisement for Messing, featuring various metal products and services.

Advertisement for Sanatorium Feldberg, offering medical treatment and accommodation.

Advertisement for Fahrräder billiger!, promoting affordable bicycles and motorcycles.

Obituary notice for Herr Stadtrat Emanuel Wurm, M. d. N., aged 63.

Advertisement for Emil Perch, a specialist in various medical treatments.

Advertisement for Agnes Lothar, a specialist in gynecology and obstetrics.

Advertisement for Feodor Wandel, a specialist in various medical treatments.

Advertisement for Kupfer, Messing, and Rotguß, offering various metal products.

Advertisement for Dr. med. Grütering, a specialist in various medical treatments.

Advertisement for Zinn, Quecksilber, and Platin, offering various metal products.

Advertisement for Oberhemden, offering various types of shirts.

Advertisement for Metall-Zentrale, offering various metal products.

Advertisement for Kaffee, offering various types of coffee.

Advertisement for Kupfer 11,50, Aluminium 10, Messing 6,50, Blei 3, offering various metal products.

Advertisement for Metallankaufsstelle Osten, offering various metal products.

Advertisement for Verrückt sind alle, offering various metal products.

Advertisement for Feueriger, kräftiger Südwine, offering various types of wine.

Advertisement for Santa Lucia, offering various types of wine.

Advertisement for Gifffreie naturgemäße Behandlung, offering various types of medical treatments.

Advertisement for Schnellaufbohrer, offering various types of tools.

Advertisement for Möbel-Fabrik Rob. Seelisch, offering various types of furniture.

Advertisement for Ernst Machnow, offering various types of machinery.

Die Konferenz in Spa.

Die Deutschen nur als Zuhörer?

Berlin, 6. Mai. (Z.) Pariser Blättermeldungen zufolge erklärte Miliérand, daß sich die Verhandlungen in Spa bezüglich abspielen würden, daß die deutschen Vertreter nur zuhören dürfen.

Wir geben diese Meldung der in reaktionären Jahrbüchern segelnden Telegraphenunion nur mit Vorbehalt wieder. Eine solche Behandlung der deutschen Delegation, falls dann überhaupt noch eine solche in Betracht käme, würde den größten Triumph der Deutschnationalen bilden, denen die Einladung nach Spa sehr unwillkommen gewesen ist und die bisher alles getan haben, um die Bedeutung der Konferenz abzuschwächen. Allerdings hat Miliérand mit einem derartigen Widerwillen dem Vorschlage Rittis und Lloyd Georges zugestimmt, daß ein solcher Sabotageversuch von seiner Seite nicht allzu überraschend käme. Diese neue Stärkung des deutschen Nationalismus und der deutschen Reaktion würde nur ein neues Glied in der langen Kette der Demütigungen darstellen, die der Deutschen Republik durch Frankreich seit dem Waffenstillstand zugefügt wurden.

Frankreichs Entschädigungswünsche.

Frankfurt a. M., 6. Mai. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Der „Frankfurter Zeitung“ wird aus Paris gemeldet: Zwischen Paris und London sind die Vorbesprechungen zur Konferenz in Spa in vollem Gange. Die Pariser Tagespresse ist in Erwartung der demnächstigen Zusammenkunft Miliérand mit Lloyd George in London eifrig besonders beschäftigt am Werke, um Stimmung zugunsten der französischen Auffassung über die Regelung der deutschen Entschädigungsverpflichtungen zu machen. Die französische Regierung bereitet sich vor, bei der Spezialdelegation über die deutschen Einzelvorschläge durchzusetzen, daß die Entschädigungsverpflichtung Deutschlands nicht schon in einer Rauschsumme festgelegt wird, denn Frankreich will nicht auf die Möglichkeit verzichten, seine Ansprüche später zu erhöhen, falls sich Deutschland zahlungsunfähiger erweisen sollte, als gegenwärtig. Frankreich will deshalb nur zugeben, daß dem Deutschen Reich für die ersten 5 Jahre eine bestimmte Annuität überwiesen wird, daß aber die Befreiung der gesamten Kriegsschuldung vorläufig unterbleibt, und daß wegen dieser Gesamtsumme überhaupt nicht mit der deutschen Regierung verhandelt werden soll, sondern daß sie nach dem Wortlaut des Versailler Friedensvertrages im nächsten Jahre durch die Alliierten einseitig und ohne Diskussion festgesetzt werden. Der zweite Punkt, den Miliérand in London betreten wird, betrifft die Forderung, daß aus den in Aussicht genommenen fünf Jahreszahlungen Deutschlands die französischen und die belgischen Forderungen vorzugsweise allein gedeckt werden. Daß man in London diesen französischen Vorschlag nicht ohne weiteres billigt, ergibt sich bereits aus dem Nachdruck, mit dem die französische Regierungspresse ihn heute betritt.

Albert Thomas in Berlin.

Der französische sozialdemokratische Abgeordnete Albert Thomas, der gegenwärtig Direktor des Internationalen Arbeitendamms ist, ist am Donnerstag früh in Berlin eingetroffen. Thomas ist hier mit den deutschen Sozialdemokraten und Gewerkschaftsführern in Verbindung getreten, um mit ihnen über die Arbeiterfrage zu beraten.

Die neue dänische Regierung.

Keine Spur vom deutschen Kurs.

Kopenhagen, 6. Mai. (Z.) „Berlingske Tidende“ schreibt zur Bildung des Ministeriums Neergaard: An dem Namen des Außenministers Seidenlus hängt nicht der Schatten eines deutschen Kurzes. Er hat, wie bekannt, die französische Farbe deutlich vor aller Welt getragen.

„Nationaltidende“ fordert schlaues Ententeorientierung. Der Verfassungsrat hat beschlossen, die Verhandlungen über die schleswigsche Frage bis nach Ankunft des spanischen französischen Gesandten in Paris zu vertagen.

In Helsingborg fanden gewaltige deutsche Kundgebungen gegen die Internationalisierungswünsche der dänischen Chauvinisten statt.

In Helsingborg fanden am Donnerstagabend in zwei der größten Säle gewaltige deutsche Kundgebungen gegen die Internationalisierungswünsche der dänischen Chauvinisten und für die Liebes-Linie statt.

Ein erfreulicher Erlaß.

Die „Korrespondenz Vöcker“ meldet: Zufolge einer Verfügung des Kaisers der Prezeskation vom 2. Mai wird die Andringung irgendwelcher politisch deutbarer Abzeichen an Stahlhelmen, Uniformen, Fahrzeugen usw. auch durch Bemalung — um die Reichswehr während der kommenden Wahlvorstellungen dem Wehrdienst zu entziehen, nochmals (?) auf das strengste untersagt. Die Stahlhelme sind mit dem Anstrich zu tragen, mit dem sie der Truppe geliefert wurden, also mit selbstgekauft oder bunfarblich. Verstöße gegen diesen Befehl werden als Ingerforsam oder auch als Vergehen gegen § 137 des Militärstrafgesetzbuchs (vorsätzliche und rechtswidrige Beschädigung eines Dienstgegenstandes) geahndet.

In Rot! Wiederholt haben wir hier den Fall des Soldaten Jäger behandelt, der als Kavallerie-Unteroffizier beim 6. Reichswehrregiment am 18. März wegen seiner kappellistischen und verfassungswidrigen Haltung in Haft genommen, 21 Tage darin festgehalten und erst infolge der Bestenleistungen im „Vorwärts“ aus der Haft entlassen wurde. Aber nicht nur aus der Haft, sondern auch aus der Truppe! Trotz wiederholter Beschwerden beim Reichswehrministerium war die Wiederentlassung Jägers bisher nicht zu erreichen. Aber zur Scham und Schande müssen wir auch notieren, daß J. nicht in der Privatindustrie unterkommen kann, weil offenbar sehr kappellistisch und verheißt Arbeiter sich weitger, mit dem „Kollegialisten“ zusammenzuarbeiten. Wann in solcher Weise von kappellisten Leute konstatiert werden, die unter Ausnutzung ihrer Position in der Reichswehr für die republikanische Idee gewirkt haben, dann sollen sie sich allerdings nicht wundern, wenn zuverlässige republikanische Elemente in der Reichswehr immer seltener werden. Eins ist jedenfalls sicher: J. befindet sich in größter Rot und weder die Regierung noch die Arbeiterklasse hilft ihm dabei, daß er sich in den Kapp-Tagen ausprobiert hat. Vielleicht tragen diese Zeilen dazu bei, beide Teile an ihre moralische Pflicht zu erinnern.

Dem Reichsrat beantragt und an die Nationalversammlung zurückverwiesen wurde die Bewilligung von 1/2 Million Mark für die Unterstadt Frankfurt am Main.

Abschluß der Reichskonferenz.

Kollid der Offenheit und Ehrlichkeit.

Wir haben zu dem Bericht unseres Donnerstag-Abendblattes noch folgende Ausführungen nachzutragen, die wir dort nur kurz erwähnen konnten:

Genossin Juchacz (Parteivorstand): Wir brauchen für den Wahlkampf Ostlimbus, weil ein gewisser Mut dazu gehört, nicht gegen rechts, wohl aber gegen links. Wir müssen gewiß festlich gegen links vorgehen, aber nach meinen letzten Erfahrungen findet man sehr wohl Verständnis, wenn man auf

die große historische Schuld der Unabhängigen

hinweist und den Wählern klar macht, daß wir alle nur Produkt der Herrschaft sind. Dazu müssen wir es auch fertig bringen können, unsere bisherige Politik zu verteidigen. Namentlich ist es vor allem bei der Wichtigkeit der Frauenstimmen, auf die Pflicht der Frau einzugehen. Die Sozialdemokraten haben jahrelang allein für die Frauenrechte gekämpft, das muß immer wieder ihnen gesagt werden, aber wir müssen uns hüten, daß sich die Forderungen des Kampfes nicht gegen uns wenden. Wir müssen lernen, die Demokratie praktisch zu handhaben, denn mit schönen Worten für die Freiheit der Frau ist es nicht getan. Bei der heutigen allseitigen Entehrung werden die Frauen je selbst verblüht und unzufrieden, dann ist es an uns, ihnen zu zeigen, was daran Schuld trägt, wie es kam und kommen mußte. Dabei braucht man ihnen nicht unersättliche Zukunftsbilder an die Wand malen, aber zeigen muß man ihnen, wie weit es schon besser geworden ist und wie weit es noch besser wird. Da bin gewiß, die Wehrkraft der Frauen wird sich dieser Einsicht nicht verschließen und wir können gerade durch die Stimmen der Frauen, denen wir zur politischen Freiheit verholfen haben, einen neuen Sieg erringen. (Beifälliger Beifall.)

Beck-Dortmund: Meinem Erachten hätte ich Truppen mitführen müssen zur Vertreibung der reaktionären Herrschaft. Wir haben ja mit dem Generalkreis dasselbe erreicht, wie die Genossen im Ruhrgebiet mit ihrem bewaffneten Kampf. Ganz ungeheuerlich aber war es, daß die Kämpfe später noch weitergingen gegen die verfassungstreuen Truppen. Das ist reaktionäre Politik schlimmster Art. (Sehr richtig!) **Roße recht gehabt,**

denn ein großer Teil von ihr hat sich geweigert, im Dienste der Kapp-Räuber sich gegen die Regierung Eberl-Roße misshandeln zu lassen.

Die reaktionäre Rebe Trimborn

Im Reichstag war nur möglich nach den Deutschen von links. An der Trimborn-Rebe sieht man die reaktionäre Wirkung der Politik der Reichstags. Uns ist unverständlich, wie sich unsere Parmer Freunde von den Unabhängigen in dieser Weise haben ins Schlepptau nehmen lassen. (Ausschreie.)

H. Braun (Partei-Vorstand): Wir schreiben heute den 6. Mai. In einem Monat schon wird gewählt. Diese kurze Spanne Zeit ist es anknüpfen, um die Massen aufzuräumen und für den Sozialismus zu begeistern. Gerade ich, der ich schon vor und zur Zeit der Parteispaltung mehr für die Einigkeit gearbeitet habe, als sonst einer, muß heute sagen, daß eine Einigung mit den Unabhängigen auf Jahre hinaus unabdingbar erscheint. Wir sind eine einzige geschlossene Partei,

aber die Unabhängigen nicht. Sie sind zerissen, einer traut dem anderen nicht. Mit wem soll man denn auf der anderen Seite verhandeln? Mit Däumig oder Gröbner oder der Frau Fleb? Zum Bündnis gehört auch die Bündnisfähigkeit, und die sprechen wir den Unabhängigen ab. Je härter die Sozialdemokratie aus dem Wahlkampf hervorgeht, desto bündnisfähiger werden wir sein. Eine klare Sozialdemokratie ist auch der stärkste Hebel für die Einigung. Wir können haben den Glauben an die Partei nicht verlieren. (Beifälliger Beifall.)

Reule-Krankfurt a. M.: Wir haben viel zu viel von der Einigung geredet. Für die Unabhängigen hat Dittmann sogar gegenüber der internationalen Subkommission in den Tagen der Schlußarbeiten mit Gewalt die Regierung gestürzt hätte, jedes Verbot mit uns abgelehnt.

(Schr. hört!) Die Unabhängigen wollen keine Verhandlung mit uns, sie bekämpfen uns scharfer als die Reaktion. Wir müssen das Exekutiv-Programm in den Mittelpunkt des Wahlkampfes stellen. Ein Schlußantrag wird angenommen.

Bauer (berühmt) beirätet gegenüber Reich, in Dresden einen jappellistischen Deputierten wieder eingeleitet zu haben. Die Unternehmung hat nichts an Schuld erodeben und die Wiedereinstellung erfolgte unter Zustimmung der zuständigen Vertretungen der Arbeiter. In der Dresdener Parteioberleitung aber scheint jetzt ein großes Dummheitsander zu herrschen. Obwohl mich die Partei mit dem Minister- und Reichslandesamt betraute und obwohl ich mit großer Nothwendigkeit an zweiter Stelle auf den Wahlvorstand gesetzt worden bin, fordere die hiesige Organisation jetzt meinen Rücktritt. (Schr. hört!)

Im Schlußwort empfahl Scheidemann zunächst die Abschaffung des Antrozotes Kaul-Offenbach (Ereicherung der Vertreibung des Kampfes gegen rechts). Der Antrag müßte den Eindruck erwecken, als ob wir den Kampf gegen rechts nicht mit der notwendigen Entschiedenheit führen. Es wäre politisch sehr unglücklich, über unseren Kampf gegen rechts auch nur die geringste Unsicherheit auskommen zu lassen. — Den weiteren Inhalt des Schlußwortes haben wir schon im Abendblatt veröffentlicht. Scheidemann schloß mit den Worten: Unsere Aufgabe ist rein, unter Wollen ist gut, wir wollen heraus aus dem Jammer und los von der Knechtschaft des Versailler Vertrages. (Beifall.) Zu alledem kommen wir aber nur durch eine

Die Straßenbahner und der Schiedspruch.

Eine von Kaufmann besetzte Massenversammlung der Straßenbahner, die am Donnerstagabend den großen Saal der neuen Welt füllte, nahm Stellung zu dem über ihre Lohnforderungen gefällten Schiedspruch, dessen Inhalt wir bereits mitgeteilt haben.

Daß die demüthigten Lohnhöhe auch nicht entfernt ausreichen, um unter den heutigen Verhältnissen eine Familie zu erhalten, darüber herrschte nur eine Meinung. Deshalb kam denn auch die lebhafteste Anzueidenschaft mit dem Schiedspruch

allgemein zum Ausdruck. In ersten Erörterungen wurde die Frage berührt, ob und durch welche Mittel eine zeitgemäße Aufbesserung der Löhne durchgeführt werden könne.

Nachdem der Schiedspruch vorlag, haben die Vertreter der Straßenbahner mit dem Aufsichtsrat verhandelt, um eine über den Schiedspruch hinausgehende Lohnaufbesserung zu erlangen. Schauenburg, Obmann der Arbeiterauschusses, der über diese Verhandlungen berichtete, sagte, es sei nicht möglich gewesen, auch nur die geringsten Zugeständnisse zu erreichen. Der Aufsichtsrat habe die Vertretung des Standpunktes der Arbeiterklasse anerkannt, aber erklärt, daß ihm die Mittel fehlten, um die Forderungen zu bewilligen. Alle Bemühungen, Arbeit aufzunehmen, seien gescheitert, die Banken geben kein Geld her, weil ihnen die gegenwärtige Situation zu unsicher scheint.

Die Große Berliner Straßenbahn steht infolgedessen vor dem Bankrott.

Der Betrieb müßte eingeschränkt werden, infolgedessen kämen demnächst 615 Angestellte zur Entlassung. Wenn die Straßenbahner über die Kasse ihrer Funktionäre hinweg streifen wollen — sagten die Herren im Aufsichtsrat —, sollten sie es tun, es könne nicht mehr demüthigt werden. Das Straßenbahnunternehmen sei kaputt, das werde auch die öffentliche Meinung einsehen.

Die Leitung der Straßenbahnenverwaltung hält einen Streik unter den gegenwärtigen Verhältnissen für ausgeschlossen. Wie

Eine solche Politik wollen wir meiden. So laßt uns in dem Kampf stehen in der frohen Hoffnung, den Sieg zu erringen. Auf, Sozialisten, schließt die Reihen. Die Trommel ruft, die Banner wehen, es lebe der Kampf! Es lebe der Sieg! (Stürmischer Beifall.)

In der

Absimmung

wird die Entschließung in der an leitender Stelle veröffentlichten Form unter Ablehnung des Antrages Kaul einstimmig angenommen.

Nach Annahme des Protokolls gegen die Schmach der Veremung schwarzer Truppen in Deutschland wurde noch beschlossen, das Pressebureau der Partei für den Wahlkampf zu erweitern; eine Kommission von fünf Redakteuren soll mit dem Parteivorstand das Erforderliche veranlassen.

Bereits zur Kommission für Vorbereitung der Aufstellung des Reichstages wurden: Böde, Breslau (168 Stimmen), Meerfeld, Köln (144), Fieber, Nürnberg (128), Eggert, Dresden (101), Steinmayer, Stuttgart (101), Krüger, Moskau (100), Klupp, Dortmund (86). Abgegeben wurden 180 Stimmgel, davon 11 unguiltige.

Rum folgte

Abes Schlußwort:

Wir stehen mit Zuversicht und mit der Festigkeit, die das Bewußtsein einer guten Sache bewirkt, in dem Kampf. Unsere Konferenz hat begonnen mit einer Auseinandersetzung über die Wichtigkeit unserer bisherigen Politik auf einem bestimmten Gebiet. Diese Auseinandersetzung hat sich dann ausgedehnt auf die verschiedenen politischen Streitfragen der letzten Jahre. Wir haben erörtert, was unter den schwierigsten Verhältnissen des letzten Jahres geschaffen werden konnte, und wir haben besprochen, was im neuen Reichstag der Erfüllung harnt. Wir haben offen ausgesprochen, was veräußert worden ist, und wir haben insbesondere aus der Rebe unserer Reichstagsler erfahren, was von der rauhen Wirklichkeit scheitern mußte. Wir rufen von hier aus den Arbeitern des Kopfes und der Hand zu, daß sie selbst am 6. Juni darüber zu entscheiden haben, was von unseren Forderungen und Wünschen erfüllt werden kann. Vielleicht wird nicht alle unsere Mühe belohnt werden. Aber der Gang der Geschichte hat die deutsche Sozialdemokratie in eine Lage gebracht, wie sie

schwieriger gar nicht zu denken

ist. Nach dem Zusammenbruch unseres Landes, nach der Schmach durch den langen Krieg fiel ihr die Ritterschuld an der Leitung des Reiches zu und wurde damit der schmerzlichen Befreiungsprobe ausgesetzt, der jemals eine Partei ausgesetzt war. Wir waren uns von Anfang an darüber klar, daß wir die Interessen unserer eigenen Partei wahren müssen, um die Interessen des ganzen Volkes wahrzunehmen. Oft genug haben wir lebenden Augen beschaffen, die uns unpopulär machen mußten, von denen wir wußten, daß sie uns Anhänger kosten müssen. Aber wir konnten nicht anders handeln. Wir sind noch weiter gegangen. Wir haben Personen aus unseren Reihen ausgesprochen, Verkünder der Arbeiterbewegung, die sich im jahrelangen Mühen Namen und Ansehen bei ihren Klassenossen erworben hatten. Parteigenossen, die in Ehren grau geworden waren, haben ihren Ruf und ihr Ansehen aufs Spiel gesetzt, oft in der falschen Erwartung, daß die Sache nicht gut ausgehen würde. Aber wir haben

die unabhären Kemer,

das Reichswehrministerium, Reichskommissariate, Landratsposten und Polizeipräsidien besetzen müssen, obwohl wir mit 90 Proz. Bewußtheit wußten, daß nach einem halben Jahre eine in jahrelanger mühsamer Arbeit erzwungene Position in der Arbeiterbewegung aufs Spiel gesetzt und daß der Tod der in der schlimmsten Weise beschimpft werden würde. Wir wußten aber die Männer auf den Weg stellen im Interesse unseres ganzen Volkes, auch im Interesse der Männer, die nachher so wußt geschimpft haben. Wäre ein glückliches Geschick unsere Waidpartei vor gleichem Schicksal bewahren, sie würden sonst die gleichen Erfahrungen machen. Wir haben offen zugegeben, daß wir Fehler gemacht haben. Wir sind nur weiter gegangen, die wir später selbst nicht begriffen haben. Das wollen wir ruhig zugeben. Welche Partei hätte in gleicher Lage nicht noch größere Fehler gemacht!

Wir haben die Fehler erkannt

und sie werden sich nicht wiederholen. Aber es waren sämtlich Fehler der Politik, unsere Grundansätze haben wir hochgehalten. Republik und Demokratie sind nirgends in besserer Out als bei der Partei, die dem ersten Tage ihres Bestehens an eine republikanische Partei war. Die Arbeiter haben nun zu wählen zwischen reiner Demonstrationspolitik und einer

Politik des positiven Schaffens,

die allein zur Verwirklichung unserer Ideale führt. Den Mutlosen rufen wir zu: O ihr Kleinmüthigen, warum seid ihr so furchtsam! Wir haben das Sozialistengesetz, die Septennatwahl, den Bülow-Bloed und den Aries überstanden, und wir gehen jetzt mit fester Zuversicht und mit Kampfesfreude in die Wahlkampf. Wir kämpfen für die deutsche Sozialdemokratie, die trotz alledem der Schutz und der Hart der Arbeiterklasse ist und der Wegweiser des internationalen Proletariats werden wird. Die deutsche Sozialdemokratie, sie lebe hoch!

Die Konferenz stimmt begeistert dreimal in den Ruf ein. Ihre Verhandlungen sind damit beendet. Schluß 1 Uhr.

mitgeteilt wurde, hat am Mittwoch eine Sitzung der Funktionäre der Straßenbahner den

Schiedspruch mit 78 gegen 41 Stimmen angenommen und beschlossen, die endgültige Entscheidung über Annahme oder Ablehnung des Schiedspruches durch Abstimmung herbeizuführen. Die Funktionäre haben ihre Haltung durch Annahme einer Resolution begründet, in der gesagt wird, der Schiedspruch entspricht nicht im entferntesten der berechtigten Forderungen der Angestellten. Aber nach gründlicher Prüfung der schwierigen Finanzlage der Verkehrsunternehmen kann die Ablehnung des Schiedspruches nicht empfohlen werden. Es ist auch zu prüfen, ob durch einen schweren Opfer fordernden Kampf eine Stellung mit den Arbeitern der anderen städtischen Betriebe, gewöhnlich denn noch darüber hinausgehende Verbesserungen erreicht würden. Es soll aber mit aller zu Gebote stehenden Mitteln auf Gleichstellung mit den Arbeitern der anderen städtischen Betriebe, politischen Arbeiter hingewirkt werden. Da eine Stilllegung des Verkehrs schwere Folgen haben würde, gehen sich die Angestellten der Hoffnung hin, der Arbeitgeberverband werde ihre schwere Kostlage anerkennen und den letzten Weg zur Verständigung nicht ablehnen. Die Arbeitgeberleitung und der Arbeiterauschuss werden beauftragt, in diesem Sinne nochmals Stellung zu der Angelegenheit zu nehmen.

In der mehrstündigen Diskussion ging es manchmal sehr lebhaft zu. Ortmann, der Bezirksvorsitzende des Transportarbeiterverbandes, wurde durch Schreien und Pfeifen am Reden gehindert.

Wie offen gegen einzelne Stimmen wurde beschlossen, den Schiedspruch unter dem Vorbehalt anzunehmen, daß die am Donnerstag stattfindende Versammlung des Zweckverbandes Groß-Berlin den Verkehrsangestellten den gestellten

Beifall als Zustimmung zählte. Darf ich das nicht geschehen, dann sind die Funktionäre beauftragt, Mittel und Wege zu finden, um den Verkehrsangestellten die Existenzmöglichkeit zu schaffen. Für den Fall des Kampfes erklären die Versammelten, ihn solidarisch durchzuführen.

Wenn der Schiedspruch angenommen wird, sollen bis zum 15. Mai neue Lohnforderungen aufgestellt und bis zum 1. Juni erledigt werden.

Gewerkschaftsbewegung

Was geht unter den Betriebsräten vor?

In allen Wirtschaften führen auf großen, zu Versammlungen einladenden Plakaten die Afa und die Betriebsrätezentrale in der Fünzigstraße einen stillen, aber erbitterten Kampf um die Betriebsräte. Leider wird es den S. P. D.-Betriebsräten nicht erspart bleiben, in diese neuen Auseinandersetzungen hineingezogen zu werden. Es ist ein Jammer; bedeutet doch dieser neue Streit nichts weiter als neuen überflüssigen Bruderkampf. In den letzten Wochen und Monaten sind man so langsam an sich gegenseitig zu versöhnen. Ein versöhnlicher Zug ging durch die Massen in den Fabriken, die feindlichen Brüder schlossen sich wieder gegenseitig als gute Kollegen und Genossen. Und nun, wenn nicht alles täuscht, sollen erneut alte Wunden wieder aufgerissen werden.

Wie ist das möglich und was ist vorgegangen?
Genossen beider Richtungen aus den Reihen der Betriebsräte versuchten mit Erfolg eine Aussprache der beiden Betriebsrätezentralen, der S. P. D. und U. S. P. D., herbeizuführen. Die erste gemeinsame unverbindliche Besprechung fand am 30. April in der Ringstraße statt. Vertreten waren die Parteien auf der einen Seite durch die Genossen R. Müller, R. Alzahn, R.umann, Wegmann und Stoll, auf der anderen durch die Genossen Pralat, Gräber, Bogt und Reinknecht. Dieser ersten Aussprache folgte dann am 4. Mai eine zweite, zu der dann auf Drängen der S. P. D.-Vertreter die Gewerkschaftskommission hinzugezogen war.

Der Plan der Zusammenfassung der Betriebsräte, der für die Genossen aus der Ringstraße für ein gemeinsames Zusammenarbeiten der verschiedenen Richtungen maßgebend ist, hat folgende Gestalt:

Es wird eine Betriebsräteorganisation aufgebaut. Mitglieder der Organisation sind alle auf Grund des Gesetzes gewählten Betriebsräte. Diese Organisation muß völlig selbstständig in ihrer Bewegungsfreiheit gegenüber den Gewerkschaften und politischen Parteien sein. Gewahrt wird der selbständige Charakter der Organisation durch eigene Finanzierung auf Grund von Beiträgen, die die Arbeitnehmer aufzubringen haben. Eine der Hauptaufgaben der neuen Organisation ist die Durchführung aller großen politischen Aktionen. Zu diesem Zweck soll allerdings die Leitung durch Vertreter der Gewerkschaften und politischen Parteien ergänzt werden.

Die Vertreter der S. P. D. hingegen betonen die Idee einer selbständigen Betriebsräteorganisation. Sie sind für eine Zusammenfassung der Betriebsräte, die aber nur gemeinsam und in völliger Uebereinstimmung mit den gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter und Angestellten durchzuführen ist. Die Finanzierung kann auf dem Wege des Umlegens von den freien Gewerkschaften getragen werden. Die Durchführung großer politischer Aktionen muß den politischen Parteien und gegebenenfalls, wie bei der letzten Rapp-Revolution, den großen Gewerkschaftsbänden vorbehalten bleiben.

Abgesehen von den beiden wichtigen Punkten der selbständigen Finanzierung und des alleinigen Rechtes der Durchführung aller großen politischen Aktionen wäre, allerdings immer gemeinsam mit den Vertretern der gewerkschaftlichen Organisationen, eine Einigung auf ein gemeinsames Programm möglich gewesen.

Der kameradschaftliche Ton, der den ganzen Verhandlungen ein wohlthuendes Gepräge gab, konnte nicht verhindern, daß alte, tiefe Gegensätze auch heute noch nicht zu überbrücken sind. Jetzt haben die Betriebsräte und ihre Wähler das Wort, und wir hoffen, daß bei diesen Auseinandersetzungen gleiche Ruhe und Sachlichkeit geübt wird, damit bekannte häßliche Erscheinungen der Vergangenheit nicht vor neuem ausbrechen und die letzten Endes doch einmal sich bewirkende Einigung der Arbeiter nicht von neuem erschweren.

Das Betriebsrätesekretariat der S. P. D. wird in der kommenden Woche in einer Versammlung der Betriebsräte eingehenden Bericht über die Verhandlungen erstatten. Wir erwarten, daß unter den gegebenen Umständen unsere Genossen vom Besuch der Betriebsräteversammlung im Zirkus Busch Abstand nehmen.

Dämmernde Erkenntnis.

Vom Ortsteil der Afa wird uns nachfolgendes Schreiben des sehr radikal bekannten Redakteurs des Fachblattes des Zentralverbandes der Angestellten Paul Lange mit der Bitte um Abdruck überwiehen. Wir kommen dem Ersuchen um so lieber nach, als der Brief erkennen läßt, wie die Hyperradikalen bemüht sind, die Zersplitterung in die Reihen der Gewerkschaften zu tragen. Lange schreibt:

Nächsten Sonntag werden zwei Betriebsräteversammlungen tagen, die der Betriebsrätezentrale und der Afa (Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände).

Von einem Kreise meiner Parteigenossen war ich ersucht worden, bevor die Afa ihre Versammlung einberufen hatte, in der von der Betriebsrätezentrale einberufenen Versammlung ihren Standpunkt über die Aufgaben politischer Arbeiterräte zu vertreten. Nachdem sich herausgestellt hatte, daß diese Rede nach Lage der Sache im wesentlichen eine ablehnende Kritik an der Haltung der Betriebsrätezentrale selbst sein müßte, die ihr Tätigkeitsgebiet immer mehr auf eine Konkurrenz mit den Gewerkschaften einstellt, habe ich es für zweckmäßig gehalten, daß von seiten meiner Partei jemand spricht, den man nicht etwa auf Grund seiner Stellung einer Befangenheit den Gewerkschaften gegenüber verdächtigen kann. Ich habe daher rechtzeitig auf das bestimmte verzichtet, daß ich in der Versammlung der Betriebsrätezentrale nicht sprechen werde. Am Donnerstag erließen nun trotzdem auf Grund irgendeines Verfehlers das Plakat, in dem ich als Redner, und zwar nicht als solcher von meiner Partei, sondern wertvollerweise als Gewerkschaftsbeamter genannt werde. Nach dem Plakat hat die Versammlung die Aufgabe, Entwürfe für die Arbeitsordnung mit Richtlinien für Einstellung und Entlassung entgegenzunehmen. Damit nimmt die Betriebsrätezentrale Abschied vom Gedanken des politischen Märtyrers und zieht sich auf den Boden rein gewerkschaftlicher Tätigkeit zurück. Das kann ich weder als Parteigenosse noch als Gewerkschaftsmitglied für richtig halten.

Soweit die Betriebsräte gewerkschaftliche Aufgaben zu erledigen haben, können sie dies nur mit den gewerkschaftlichen Organisationen tun. In diesem Gedanken stimme ich mit der Afa überein.

Für die Verwirrung in der Betriebsrätezentrale zeugt auch die Tatsache, daß der von Däumig herausgegebene „Arbeiterrat, Organ der Arbeiter- und Betriebsräte Deutschlands“ jetzt offizielles Publikationsorgan des sogenannten „Freien Angestelltenverbandes“ ist. Warum? Offenbar nur, weil dieser Verband kräftig auf die Afa schimpft. Dieser „Freie Angestelltenverband“ stellt

in einem Flugblatt klar, daß das Kapital niemals nach den Grundgedanken der kommunistischen Lehre auszuscheiden sei, sondern, daß eine gerechtere Verteilung der Güter des Produktionsprozesses herbeizuführen ist. Dieser Verband will eine Verschmelzung aller Angestelltenverbände (auch der Blauen und Gelben) herbeiführen und eine eigene Partei aller Angestellten gründen. Dieser Vorschlag wird dann von Däumig und seinen Freunden durch ihre Protektion des „Freien Angestelltenverbandes“ als — wahrhaft revolutionär hingestellt.

Berlin, den 6. Mai 1920.

(gez.) Paul Lange.

Zur Lohnbewegung im Baugewerbe.

Die bereits stattgefundenen zweimaligen zentralen Verhandlungen der Verbände der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer des Baugewerbes haben bisher zu keinem Ergebnis geführt, als daß auch die Arbeitgeber bereit sind, bis Ende Mai einen neuen Tarifvertrag zum Abschluß bringen zu wollen. Inzwischen macht sich eine andere Tendenz bemerkbar, die darauf schließen läßt, daß das Unternehmertum des Baugewerbes den Abschluß des Tarifvertrages mit der Absicht verzögert, Zeit zu gewinnen. Die gewonnene Zeit soll nicht etwa zur Klärung der strittigen Punkte dienen, nein, sie soll benutzt werden zur Vorbereitung der öffentlichen Meinung, und man geht dabei nicht ungeschickt vor. So wird jetzt die Werbung verbreitet, daß die Riegelzeilen und sonstigen Baumaterialienfabriken ihre Betriebe schließen wollen, weil die Produktion sehr teuer und zu befürchten sei, für ihre Produkte keinen Absatz finden zu können, da ja die Arbeitgeber des Baugewerbes wegen Unrentabilität ihre Betriebe schließen wollen. Die Unrentabilität der Baubetriebe sei schon seit langem vorhanden, müsse aber ob der neuen Forderungen der Bauarbeiter für das Baugewerbe zu einer direkten Katastrophe führen. Was will man mit dem Ausstreuen solcher Gerüchte erreichen? Man will die Bauarbeiterschaft in der Öffentlichkeit als das Kornfeld hinstellen, das die Schuld daran trägt, wenn die Wohnungsnot nicht behoben werden kann; im Grunde genommen will man nichts anderes als seinen eigenen Raub dahinter verbergen. Diese Behauptung wird am besten durch die Tatsache bewiesen, daß die Material- und Baupreise im Durchschnitt um das 12—15fache, die Löhne der Bauarbeiter aber nur um das 4—5fache und bzw. 8. April 1920 ab erst um das 6—8fache gestiegen sind. Wenn früher der Lohnanteil der Bauarbeiter 16—18, heut' aber nur 9—10 Proz. des Baupreises ausmachten, so ist es nicht schwer, die wirklichen Verteiler des Wohnungswesens zu ermitteln.

Die Stilllegung der Riegelzeilen verdient indessen besondere Beachtung. Einerseits findet die Stilllegung statt durch die Nichtbelieferung mit Kohle — Keilsg. Torf und Braunkohle sind kein Ersatz für Steinkohle, mit der man nur einwandfrei Riegel brennen kann. Aber diese Gelegenheit benützt man, um die mit Kohle nicht belieferbaren stillgelegten Riegelzeilen abzubauen, die Maschinen zu entfernen und, wenn möglich, ins Ausland zu verkaufen. Auch auf diesem Gebiet findet der Ausverkauf Deutschlands statt, und dies zu einer Zeit, in welcher in Deutschland Hunderttausende kein Dach über dem Kopf haben. Und um diesen Raub am deutschen Volk weiter ungehindert betreiben zu können, werden die Forderungen der Bauarbeiter in den Vordergrund gedrückt.

Der Konflikt im Berliner Bankgewerbe.

Der Allgemeine Verband der Deutschen Bankbeamten versankelte gestern nachmittags nach Bureauauflauf eine Bankbeamtenversammlung in den Germania-Sälen, die außerordentlich stark besucht war. Der große Saal mußte schon lange vor Beginn des Referats gelockert werden. Es fanden in allen verfügbaren Räumen des Hauses und auf dem Hof Nebenversammlungen statt. Trotzdem mußten noch mehrere hundert Personen umkehren. Der Leiter des Allgemeinen Verbandes, Henno Marx, referierte über das Thema „Vor der Entscheidung“. Er gab eine Voranschauung der neuen Bankbeamtenbewegung, verwies auf die Teilstreit im Reich und griff in Verbindung damit den Deutschen Bankbeamtenverein sehr scharf an. Marx verteidigte dann nochmals die Forderungen des Allgemeinen Verbandes. Dieser verlangt eine Wirtschaftsbeihilfe, die für Verbeiratete 2300 M., für Ledige 2100 M. und für Lehrlinge 1200 M. betragen soll. Bis zur Reichstagswahl wird für jeden Monat vom 1. Mai ab ein Viertel der genannten Summe gefordert. Der Verband beschloß ferner, daß bis Montag, den 10. in allen Betrieben die Abstimmungen vorgenommen werden müssen, da an diesem Tage um 5 Uhr nachmittags das Ultimatum an die Bankleitungen ablaufe. Es wurde in allen Versammlungen eine Entschloßung angenommen, in der Kenntnis genommen wird von den in allen Teilen des Reiches entbrannten Wirtschaftskämpfen der Bankbeamten, denen der Grundbrüderlicher Solidarität entboten wird. Ferner wird Kenntnis genommen von den Bemühungen des Allgemeinen Verbandes, die im Bankgewerbe zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern bestehenden Differenzen auf friedlichem Wege zu regeln. Die Versammlung ist sich bewußt, daß die bis zur Unrentabilität gespannte wirtschaftliche Lage nicht nur im Reich, sondern auch in Berlin angeht, daß die Haltung der Bankleitungen die sofortige Anwendung der stärksten Kampfmittel erfordert, sowohl im Interesse der gesamten Bankangestellten, als auch zur Unterstützung der bereits im Kampf stehenden. Die Versammlung fordert die Angestellten der Großbanken in Berlin deshalb auf, zu dieser Notwendigkeit ohne Aufsicht in Betriebsversammlungen Stellung zu nehmen und daran anschließend in den Betrieben mittels geheimer Abstimmungen endgültige Beschlüsse zu fassen. Es wird erwartet, daß das Ergebnis dieser geheimen Abstimmungen den Allgemeinen Verband in die Lage setzen wird, die Ausrufung des Streiks vorzunehmen. Der Allgemeine Verband wird von der Versammlung beauftragt, zu Dienstag, den 11. Mai, eine öffentliche Versammlung einzuberufen, in welcher die Bankangestellten ihre Parole erwarten.

Der Gärtnerstreik erfolgreich beendet!

Der Streik der Landschaftsgärtner Groß-Perlins ist nach 24-wöchentlicher Dauer beendet. Die Arbeit kann bei allen Firmen, welche die festgelegten Sätze anerkennen, aufgenommen werden. Die Lohnforderungen sind fast reiflos durchgedrückt. Ueber die Bezahlung der Streiklage gehen gesonderte Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß vor sich. Bei den Verhandlungen vor dem Demobilisierungskommissar mußten die Unternehmer folgende Lohnsätze anerkennen:

	ab 16. 4.	ab 16. 5.	ab 16. 6.
1 Jahr in der Branche tätige Gärtner . . .	5,15	5,75	6,— M.
Jüngere Gärtner . . .	4,65	5,25	5,50
1 Jahr in der Branche tätige Arbeiter . . .	4,65	5,25	5,50
Jüngere Arbeiter . . .	3,90	4,50	5,—
Gartenfrauen . . .	2,75	3,—	3,25

Landzulage für Ledige pro Tag 15 M., für Verbeiratete 20 M. Diese Sätze gehen noch teilweise über die im ersten Schiedspruch erreichten hinaus. Das sind Lohnsteigerungen von 30—60 Prozent.

Streik der Angestellten in der photographischen Kunstdruck-Industrie.

Nach wochenlangen vergeblichen Tarifverhandlungen mit dem Arbeitgeberverband der photographischen Kunstdruck-Industrie sehen sich die Angestelltenorganisationen gezwungen, den Schlichtungs-

ausschuß anzurufen. Dieser hat am 29. April einen Spruch gefällt, welchen die Arbeitgeber bis jetzt nicht akzeptiert haben. Die Angestellten haben deshalb in einer Vollversammlung am Mittwoch beschlossen, von gestern Donnerstag ab, in den Streik zu treten und diesen so lange durchzuführen, bis der Tarifvertrag in allen seinen Punkten zum Abschluß gekommen ist.

Wirkungen des Binnen-schiffersstreiks.

Magdeburg, 6. Mai. Infolge des Streiks der Binnen-schiffer liegen in Magdeburg 200 Lastkähne und Schieber fest, mit insgesamt 180 000 Tonnen, darunter 20 000 Tonnen Lebensmittel, die dem Verderben ausgeliefert sind.

Im Schiffsverkehr ist bis jetzt keine Aenderung eingetreten. Auf Veranlassung des Berliner Oberbürgermeisters Wermuth hat das Reichswirtschaftsministerium sich mit dem Arbeitgeberverband der Binnen-schiffer in Verbindung gesetzt und hat für den heutigen Freitag vormittag eine Verhandlung anberaumt, um zu versuchen, eine Klärung der Lage herbeizuführen. Mit den Arbeitnehmern ist es bis jetzt noch zu keinen Verhandlungen gekommen, so daß eine Beilegung des Streiks vorläufig noch nicht abzusehen ist.

„Die Ameise“, das Verbandorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands, teilt in ihrer neuesten Nummer mit, daß sie eine Auflageziffer von 50 000 erreicht habe.

Freiwilligen zur Sonntagkontrolle! Sonntag, 9. Mai, vormittags 8 1/2 Uhr, Treffpunkt für die Sonntagskontrolle in folgenden Bezirken: Zentrum: Ellnbecker Str. 30 (Pallast), Friedrichstadt: Georgenstraße 24 (Bahnhof), Warschauer Straße: Warschauer Str. 61, Südwest: Bese-Münchendorf 6, Bahargelände: Martin-Luther-Str. 78, Charlottenburg: Savignypfad (Stadtbahnhof). Jeder muß mitbringen, auch die schon lange die Sonntagskontrolle haben. Ortsverwaltung Groß-Berlin.

Zentralverband der Angestellten. Sachgruppe 18 b (Reinholdstraße): Mitglieder-Versammlung am Sonntagabend, den 8. Mai, 7 1/2 Uhr, Restaurant Rathmann, Wilhelmstr. 118.

Wirtschaft

Wirtschaftsfragen auf der Reichskonferenz.

Der sozialistische Wirtschaftspolitiker muß mit Bedauern feststellen, daß die Reichskonferenz, trotzdem die heutige Zeit als Periode schwerster wirtschaftlicher Notlage gekennzeichnet ist, sich mit dem großen Wirtschaftsproblem nicht ausreichend beschäftigt hat. Bedeutet Sozialismus Vergesellschaftung der Produktionsmittel, so muß die Erreichung dieses Zieles auch den Kern aller großen sozialistischen Diskussionen bilden. Genosse Gröbisch-Dresden sagte auch zutreffend:

Vor allem haben wir uns mit wirtschaftlichen Problemen viel zu wenig beschäftigt. Und fehlt ein wirtschaftliches Aktionsprogramm. Zwangswirtschaft oder freie Wirtschaft? Wie sieht eigentlich die Partei zu diesen Fragen? Wo sind die Anfänge einer Planwirtschaft? Unsere Genossen wollen doch wenigstens den guten Willen dazu sehen. Das wirtschaftliche Durcheinander dieser Tage ist kaum zu überbieten. Wir müssen die Vorarbeiten für die Errichtung einer methodischen Planwirtschaft leisten, bisher haben wir uns mit platonischen Bekenntnissen begnügt. Es kommt nicht darauf an, diesen oder jenen Großbetrieb zu sozialisieren, wir müssen vielmehr auf allen Gebieten eine neue Wirtschaftsform zielbewußt und methodisch vorbereiten. Wo ist die Beschäftigung der Partei mit diesen Fragen? Wir müssen erleben, daß sich bürgerliche Politiker in der „Völkischen Zeitung“ und in der „Frankfurter Zeitung“ mehr mit diesen Problemen beschäftigen als wir. Die Reichskonferenz müßte eine Klärung an die Partei ergeben lassen, aus der die Genossen unseren festen Willen entnehmen, der Wirtschaftsanarchie ein Ende zu setzen.

Wenn Gröbisch auf die zielbewußte Politik der „Völkischen Zeitung“ in Bezug auf die Herstellung einer organisierten Wirtschaft hingewiesen hat, so dürfen wir für uns in Anspruch nehmen, daß wir die Forderung, soziale Trufts zu schaffen, unentwegt propagieren und die Vorzüge dieser Unternehmungsform gegenüber den andern, auch den sogenannten Selbstverwaltungskörpern nachzuweisen dauernd bemüht sind.

Der Truft ist kein Sozialisierungsexperiment, sondern die vollkommenste Unternehmungsform, zu der der Großkapitalismus bis heute gelangt ist, er verbürgt den höchsten Grad der Wirtschaftlichkeit, weil er Verfügungsgewalt über alle Betriebsmittel besitzt, er allein bietet wirksamen Schutz für die deutschen Produktionsmittel gegen die Ueberfremdung, die in gefährlicher Weise fortschreitet und die Arbeiterschaft zu Sklaven des Auslandskapitals zu machen droht.

Vertrufung der Wirtschaft bedeutet die Sozialisierung in einer technisch ohne weiteres durchführbaren Form. Treten wir also in den Wahlkampf mit den Forderungen:

Schutz der deutschen Produktionsmittel gegen den Ausverkauf an die Fremden.
Schutz gegen Vernichtung durch profusitätliche Unternehmung.

Rationalisierung der Wirtschaft nach Best-erprobtem Verfahren durch Schaffung sozialer Trufts.

Dann zeigen wir den deutschen Arbeitnehmern einen gangbaren Weg zur Durchführung der Sozialisierung, die der deutschen Wirtschaft das höchste Maß an Kraft und Leistungsfähigkeit verschaffen wird.

Das Kapital hat den Truft geschaffen, kann es ihn also bekämpfen? Gewiß nicht. Wir aber ringen der kapitalistischen Gesellschaft die Waffen gegen uns aus den Händen, wenn wir ihr eigenes Kind auf unser Banner setzen.

Die Frankfurter Lebermesse.

Frankfurt a. M., 6. Mai. (Eig. Drahtbericht des „Vorm.“) In der Generalversammlung des Verbandes deutscher Lederindustrieller stellte der Vorsitzende Eudibius Dr. Erich-Offenbach a. M. fest, daß der Verlauf der gegenwärtigen Frankfurter Messe die Aussichten sehr enttäuscht habe. Es seien wenig Käufer vorhanden und Aufträge würden außerordentlich knapp erzielt. Der Absatz sei infolge des Wechselkurses nach dem Ausland schlecht und stöckend. Auch der Direktor der Frankfurter Messgesellschaft bestätigte, daß die Frankfurter Messe unter einem ungünstigen Stern in Bezug auf die deutsche Lederindustrie stehe. Die geschäftlichen Hoffnungen seien nicht eingetroffen; Schuld daran sei die flaute Konjunktur.

Ein englisch-kanadischer Riesenruft. Die endgültige Zusammenfassung der Stahl-, Kohlen- und Schiffsinteressen im Dominion ist zustande gekommen. Die Leiter der größten beteiligten Unternehmungen der neuen, mit einem Kapital von 500 Millionen ausgestatteten Britischen Reichs-Stahlgesellschaft haben den Vorschlag der britischen Interessenten angenommen, mit ihnen eine Interessengemeinschaft einzugehen. Unter den beteiligten Gesellschaften sind zu nennen: Die Dominion Steel Corporation, die Nova Scotia Stahl- und Kohlengesellschaft, kanadische Schiffahrtlinien und acht andere kanadische, hauptsächlich Schiffahrtsgesellschaften.

Einschränkung des Lederhandels in der Tschechoslowakei. Am 1. Mai wurde in der Tschechoslowakei der freie Lederhandel wieder eingeschränkt. Preisermäßigungen zufolge sollen die Preise auf 4 Kr. für 1 Kilogramm Rindbrett und 45 Kr. für 1 Kilogramm Kalbsbrett festgesetzt werden.

Verantwortlich für den Redaktionsteil: Julius Räder, Charlottenburg; für den Anzeigen- und Geschäftsverkehrsteil: Eudibius Dr. Erich-Offenbach a. M., d. H. Berlin. Druck: Betriebs-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 1.